





# Japanische Wirtschaft

Grundlagen

Herausgegeben von  
Hisao Kanamori  
und  
Yutaka Kosai

Aus dem Japanischen übersetzt von  
Sabine Dahlhausen, Bernd Engel,  
Arne Holzhausen, Vasco Honig,  
Cornelia Kriesel, Elisabeth Leibold,  
Jörg Lodedau, Nauka Miura

Dreizehnte Auflage  
(Erste deutschsprachige Auflage)

R. Oldenbourg Verlag München Wien

© der japanischen Originalausgabe  
1994 by Hisao Kanamori and Yutaka Kosai.  
Published in Japan by TOYO KEIZAI Inc., Tokyo.  
Titel: NIHON KEIZAI TOKUHON, 13th ed.

### **Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme**

**Japanische Wirtschaft** : Grundlagen / hrsg. von Hisao Kanamori und Yutaka Kosai. Aus dem Japan. übers. von Sabine Dahlhausen ... - 13. Aufl., (1. deutschsprachige Aufl.). - München ; Wien : Oldenbourg, 1997

Einheitssacht.: Nihon-keizai-tokuhon <dt.>

ISBN 3-486-23436-6

© 1997 R. Oldenbourg Verlag  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Telefon: (089) 45051-0, Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem Papier  
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-23436-6

# Inhalt

Wirtschaftsreader – zu diesem Buch .....	XV
Vorwort .....	XIX
<b>1 Entwicklungsschritte der japanischen Wirtschaft .....</b>	<b>1</b>
1.1 Wirtschaftsentwicklung vor dem Krieg .....	1
1.1.1 Die wirtschaftlichen Erfolge der <i>Edo</i> -Zeit .....	1
1.1.2 Die Reformen zu Beginn der <i>Meiji</i> -Zeit .....	2
1.1.3 Fortschritte bei der Industrialisierung .....	4
1.2 Wiederaufbau der Wirtschaft in der Nachkriegszeit .....	6
1.2.1 Überwindung der Inflation nach dem Krieg .....	6
1.2.2 Der Korea-Krieg und die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Vorkriegsniveaus .....	8
1.3 Hohes Wirtschaftswachstum und Liberalisierung des Außenhandels .....	11
1.3.1 Fortschritte durch Investitionen in den technischen Fortschritt .....	11
1.3.2 Der Übergang zu einem freien Wirtschaftssystem .....	14
1.3.3 Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft .....	15
1.4 Exogener Schock und Anpassung an einen mittleren Wachstumspfad .....	17
1.4.1 Aufwertung des Yen und Wechsel zum flexiblen Wechselkurssystem ..	17
1.4.2 Die Ölkrisen .....	18
1.4.3 Anpassung an einen mittleren Wachstumspfad .....	21
1.5 Wandel zu international harmonischen Wirtschaftsstrukturen .....	22
1.5.1 Leistungsbilanzüberschüsse und der Maekawa-Report .....	22
1.5.2 Binnenmarktinduzierter Konjunkturaufschwung und Aktienpreisinflation	24
1.5.3 Abflauende Konjunktur und Wiederzunahme der Zahlungsbilanzüberschüsse .....	26
1.5.4 Japans Rolle in der Weltwirtschaft .....	27

2 Wachstum und Konjunkturzyklen der japanischen Wirtschaft ..	29
2.1 Bestimmung und Schwankungen des Bruttonominalprodukts .....	29
2.1.1 Bestimmung des Bruttonominalprodukts .....	29
2.1.2 Lagerhaltungszyklus .....	30
2.1.3 Wirtschaftswachstum und Investitionszyklen .....	32
2.2 Konjunkturzyklen der japanischen Wirtschaft .....	35
2.2.1 Datierung der Konjunkturzyklen .....	35
2.2.2 Glättung der Konjunkturzyklen .....	40
2.2.3 Entstehung und Zusammenbruch der <i>bubble economy</i> .....	43
2.3 Das japanische Wirtschaftswachstum .....	45
2.3.1 Ursachen für das Hochwachstum .....	45
2.3.2 Abschwächung der Wachstumsrate und exportgeleitetes Wachstum	49
2.3.3 Reformen für ein auf die Inlandsnachfrage gestütztes Wachstum ..	53
3 Die Wirtschaftspolitik Japans .....	55
3.1 Wirtschaftspolitik .....	55
3.1.1 Die elementaren Wirtschaftsfaktoren und ihre Funktionen .....	55
3.1.2 Der Staat als Wirtschaftsakteur .....	56
3.1.2.1 Wirtschaftspolitik und ökonomische Gesellschaft .....	56
3.1.2.2 Grenzen des staatlichen Handelns .....	58
3.1.2.3 Überlegungen hinsichtlich der Rolle des Staates .....	58
3.1.2.4 Die Rolle der Wirtschaftspolitik .....	64
3.1.3 Welche politischen Instrumente existieren? .....	68
3.2 Die Rolle von Wirtschaftsplänen in der Wirtschaftspolitik .....	73
3.2.1 Der Charakter der japanischen Wirtschaftspläne .....	73
3.2.2 Die Verbindung zu Wirtschaftsplänen mit anderen Plänen .....	74
3.2.3 Die japanische Wirtschaftspolitik anhand der Wirtschaftspläne ...	75
3.3 Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit .....	79
3.3.1 Wirtschaftspolitik während der Wiederaufbauphase nach dem Krieg	79
3.3.2 Die Politik in der Periode des hohen Wirtschaftswachstums .....	80

3.3.3 Makroökonomische Politik nach der ersten Ölkrise . . . . .	82
3.3.4 Der Übergang zur Politik des stabilen Wachstums . . . . .	83
3.3.5 Politik der Strukturanpassung . . . . .	84
3.3.6 Die internationale Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik . . . . .	85
3.3.7 Die Aufgaben einer neuen Wirtschaftspolitik . . . . .	86
4 Die Staatsfinanzen: Aufbau und Funktion . . . . .	91
4.1 Die Aufgaben der Staatsfinanzen . . . . .	91
4.1.1 Ressourcenallokation zum öffentlichen Sektor und deren Verwendung . . . . .	91
4.1.2 Umverteilung des Einkommens . . . . .	92
4.1.3 Stabilisierung der Wirtschaft . . . . .	93
4.2 Aufbau der Staatsfinanzen . . . . .	95
4.2.1 Der Staatsetat . . . . .	95
4.2.2 Etatarten . . . . .	95
4.2.3 Erstellung, Durchführung und Rechnungsabschluß des Etats . . . . .	98
4.2.4 Das staatliche Investitions- und Kreditprogramm . . . . .	100
4.3 Steuern, öffentliche Anleihen und Ausgaben . . . . .	106
4.3.1 Steuern . . . . .	107
4.3.2 Jüngste Entwicklungen im Steuersystem . . . . .	113
4.3.2.1 Einführung und Revision der Verbrauchsteuer . . . . .	113
4.3.2.2 Schaffung einer Bodenpreissteuer . . . . .	116
4.3.2.3 Zwischenbericht der Regierungskommission zum Steuersystem . . . . .	118
4.3.2.4 Durchführungsbeschluß zur Senkung der Einkommen- und Einwohnersteuer . . . . .	120
4.3.3 Öffentliche Anleihen . . . . .	121
4.3.4 Ausgaben . . . . .	129
4.4 Kommunalfinanzen . . . . .	133
4.4.1 Was sind die Kommunalfinanzen? . . . . .	133
4.4.2 Einnahmen der Kommunen . . . . .	136

4.4.2.1 Kommunalsteuer .....	136
4.4.2.2 Zuteilungsteuer an die Kommunen .....	137
4.4.2.3 Transfersteuer an die Kommunen .....	138
4.4.2.4 Kommunalanleihen .....	139
4.4.3 Ausgaben der Kommunen .....	141
4.5 Finanzaufgaben der Zukunft .....	141
5 Finanzmärkte und Geldpolitik .....	147
5.1 Wirtschaftliche Aktivitäten und die Aufgaben des Finanzsektors .....	147
5.1.1 Investitionen, Ersparnisse, Kapitalangebot und Kapitalnachfrage ..	147
5.1.2 Konstellation der Kapitalströme .....	149
5.1.3 Wandel der Finanzstrukturen .....	153
5.2 Die Finanzinstitute und ihre Geschäftsbereiche .....	155
5.2.1 Finanzinstitute und Geldvermögen .....	155
5.2.2 Geschäftsbereichsregulierungen und ihre Revision .....	160
5.3 Finanzmarkt und Zinsstruktur .....	163
5.3.1 Kurzfristiger Finanzmarkt .....	165
5.3.1.1 Interbankenmärkte .....	165
5.3.1.2 Offenmärkte .....	166
5.3.2 Obligationenmarkt .....	167
5.3.3 Aktienmarkt und Bildung der Aktienkurse .....	169
5.3.3.1 Grundsätzliches zum Aktienmarkt .....	169
5.3.3.2 Kursturbulenzen und ihre Ursachen .....	171
5.3.4. Zinsen .....	172
5.3.4.1 Aufgabe der Zinsen .....	172
5.3.4.2 Japans Zinsstruktur .....	174
5.3.5 Internationalisierung der Finanzgeschäfte .....	178
5.4 Makroökonomie und Geldmarkt .....	180
5.4.1 Geld und Wertpapiere .....	180
5.4.2 Geldnachfrage .....	182

5.4.3 Geldangebot .....	183
5.4.4 Aufgabe des Geldmarktes .....	185
5.5 Geldpolitik .....	186
5.5.1 Ziele der Geldpolitik .....	186
5.5.2 Instrumente der Geldpolitik .....	187
5.5.2.1 Refinanzierungspolitik .....	187
5.5.2.2 An- und Verkaufsoperationen bei Obligationen und Wechseln (Offenmarktgeschäfte) .....	188
5.5.2.3 Mindestreservpolitik .....	189
5.5.3 Transmissionsmechanismen der Geldpolitik .....	190
5.5.4 Politische Reaktionen auf Liberalisierung und Internationalisierung des Finanzbereichs .....	192
6 Industriestruktur und technischer Fortschritt .....	197
6.1 Industriestruktur Japans .....	197
6.1.1 Was bedeutet „Industriestruktur“? .....	197
6.1.2. Wirtschaftswachstum und Industriestruktur .....	200
6.2 Ressourcen- und Energieprobleme .....	205
6.2.1 Auswirkungen der Ölkrisen auf die japanische Wirtschaft .....	205
6.2.2 Strukturwandel der Industrie aufgrund der Ölkrisen .....	206
6.3 Technischer Fortschritt und Industriestruktur .....	208
6.3.1 Technischer Fortschritt .....	208
6.3.2 Japans technologisches Entwicklungspotential .....	212
6.4 Strukturanpassung im internationalen Kontext .....	214
6.4.1 Internationaler Handel und Industriestruktur .....	214
6.4.2 Strukturanpassung im internationalen Kontext durch die Aufwertung des Yen .....	215
6.5 Die Industriestruktur der Zukunft .....	219
6.5.1 Entwicklung der Informationalisierung und Tertiärisierung .....	221
6.5.2 Die rapide Ausweitung des Dienstleistungssektors .....	222

6.5.3 Spitzentechnologie als Wegbereiterin des technischen Fortschritts	226
6.6 Belegung des Agrarsektors	228
6.6.1 Die Lage der Agrarwirtschaft heute	229
6.6.2 Der Agrarsektor im internationalen Wettbewerb	231
6.6.3 Zukünftige Aufgaben der japanischen Agrarwirtschaft	231
<b>7 Unternehmensführung und industrielle Organisation</b>	<b>233</b>
7.1 Japanische Unternehmensführung	233
7.1.1 Die Besonderheiten der japanischen Unternehmensführung	233
7.1.2 Reagibilität der japanischen Unternehmensführung	242
7.2 Antimonopolgesetz und Japans Marktstruktur	246
7.2.1 Der Aufbau des Antimonopolgesetzes	246
7.2.2 Japans Marktstruktur	248
7.3 Jüngste Entwicklungen in der Unternehmensführung und industriellen Organisation	253
7.3.1 Globalisierung des Unternehmensverhaltens und der industriellen Organisation	254
7.3.2 Veränderungen des Unternehmensverhaltens als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen	257
7.3.3 Japanische Unternehmenspraxis im Zeichen der Wirtschafts- streitigkeiten	260
<b>8 Arbeitskräfte und Arbeitsproblematik</b>	<b>265</b>
8.1 Arbeitsangebot	265
8.1.1 Bevölkerung	265
8.1.2 Erwerbsquote	267
8.1.3 Qualität der Arbeitskräfte	271
8.1.4 Problematik der ausländischen Arbeitnehmer	273
8.2 Nachfrage nach Arbeitskräften	275
8.2.1 Wandel der langfristigen Nachfrage nach Arbeitskräften	276

---

8.2.2 Kurzfristige Konjunkturschwankungen und Personalanpassungen .	278
8.2.3 Technischer Fortschritt, Arbeitskräfteeinsparung, Direktinvestitionen und langfristige Nachfrage nach Arbeitskräften . . . . .	279
8.3 Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit . . . . .	281
8.3.1 Arbeitslosigkeit . . . . .	281
8.3.2 Historische Veränderungen der Arbeitslosenquote in Japan . . . . .	282
8.3.3 Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich . . . . .	284
8.3.4 Arbeitslosigkeit und Wirtschaftspolitik . . . . .	286
8.4 Löhne und Arbeitszeiten . . . . .	287
8.4.1 Tarifverhandlungen durch die Frühjahrsoffensive . . . . .	288
8.4.2 Lohndifferenzen . . . . .	290
8.4.3 Arbeitszeit . . . . .	292
8.5 Das „japanische Beschäftigungssystem“ . . . . .	295
8.5.1 Unternehmensgewerkschaften . . . . .	296
8.5.2 Das System der lebenslangen Beschäftigung . . . . .	297
8.5.3 Das Senioritätssystem . . . . .	299
8.5.4 Die Zukunft des japanischen Beschäftigungssystems . . . . .	300
<b>9 Lebensstandard und Problemfelder des Geldwertes . . . . .</b>	<b>303</b>
9.1 Gegenwärtiger Lebensstandard und relevante Problemstellungen . . . . .	303
9.1.1 Einkommen, Ersparnis und Vermögen . . . . .	303
9.1.1.1 Einkommen . . . . .	303
9.1.1.2 Ersparnis und Vermögen . . . . .	305
9.1.2 Änderungen im Konsumverhalten . . . . .	306
9.1.3 Überalterung der Bevölkerung und soziale Sicherung . . . . .	309
9.1.3.1 Staatliche Rentenversicherung . . . . .	312
9.1.3.2 Krankenversicherung . . . . .	314
9.1.3.3 Soziale Dienste . . . . .	316
9.1.4 Für mehr Lebensqualität . . . . .	317
9.1.4.1 Charakteristika der Zeiteinteilung der Arbeitnehmer . . . . .	318

9.1.4.2 Wohn- und Lebensverhältnisse .....	319
9.1.4.3 Korrektur des Wohlstandskonzepts und neue Formen des menschlichen Miteinander .....	323
9.2 Problemfelder des Geldwertes .....	326
9.2.1 Problemfelder des Geldwertes .....	326
9.2.1.1 Inflation .....	326
9.2.1.2 Preisgefälle zwischen In- und Ausland .....	328
9.2.2 Entwicklung des Geldwertes .....	329
9.2.2.1 Die Phase hohen Wirtschaftswachstums .....	329
9.2.2.2 Die erste und zweite Ölkrise .....	331
9.2.2.3 Geldwertstabilität und Schwankungen der Vermögenswerte	333
9.2.3 Preispolitik .....	340
9.2.3.1 Nachfragepolitik .....	340
9.2.3.2 Angebotspolitik .....	341
9.2.3.3 Wettbewerbspolitik .....	341
9.2.3.4 Preisinformationspolitik .....	342
9.2.3.5 Direkte Preiskontrolle .....	342
10 Regionalwirtschaften und regionale Disparitäten .....	345
10.1 Regionale Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur .....	345
10.1.1 Das Territorium Japans und die Bevölkerungsverteilung .....	345
10.1.2 Regionale Einkommens- und Wirtschaftsstruktur .....	347
10.2 Migration und ihr sozio-ökonomischer Hintergrund .....	349
10.2.1 Nachkriegsmigration .....	349
10.2.2 Die Hyperkonzentration auf Tokyo und deren Hauptursachen ...	353
10.2.3 Die Attraktivität Tokyos für die junge Generation .....	356
10.3 Die Verschärfung regionaler Probleme und die Entwicklung der Regionalpolitik .....	360
10.3.1 Das Problem der Überbevölkerung im Ballungsraum Tokyo .....	360
10.3.2 Das Problem der Entvölkerung der provinziellen Gebiete .....	365

---

10.3.3 Die Reaktion der Politik auf die regionalen Probleme . . . . .	368
10.3.4 Ausbau des Sozialkapitals . . . . .	372
10.4 Die Lage der Regionalwirtschaften und die Aktivierung der Regionen . .	375
10.4.1 Die langanhaltende Rezession und die Regionalwirtschaften . . . .	375
10.4.2 Anzeichen für Veränderungen in der Hyperkonzentration auf Tokyo	378
10.4.3 Aufgaben für die Schaffung attraktiver Regionen . . . . .	380
11 Außenhandel, Zahlungsbilanz und Wechselkurse . . . . .	385
11.1 Außenhandel . . . . .	385
11.1.1 Theorem der komparativen Kostenvorteile . . . . .	385
11.1.2 <i>Economies of scale</i> und Außenhandel . . . . .	388
11.1.3 Änderungen der Ein- und Ausfuhrstruktur . . . . .	391
11.2 Internationale Zahlungsbilanz . . . . .	396
11.2.1 Internationale Zahlungsbilanz – eine Einführung . . . . .	396
11.2.2 Entwicklung der Zahlungsbilanz und politische Reaktionen . . . .	399
11.2.3 Determinanten der Leistungsbilanz . . . . .	405
11.3 Wechselkurse und internationales Währungssystem . . . . .	409
11.3.1 Vom System der festen Wechselkurse zum System der flexiblen Wechselkurse . . . . .	409
11.3.2 Tasten nach einem neuen System . . . . .	412
11.3.3 Wechselkursdeterminanten . . . . .	413
11.4 Protektionismus und freier Außenhandel . . . . .	415
12 Entwicklungen der Weltwirtschaft und die Rolle Japans . . . . .	419
12.1 Entwicklungen der Weltwirtschaft . . . . .	420
12.1.1 Die hektischen 70er Jahre . . . . .	420
12.1.2 Die Weltwirtschaft der 80er Jahre und die Reagonomics . . . . .	421
12.1.3 Die Weltwirtschaft zu Anfang der 90er Jahre . . . . .	422
12.1.4 Amerika setzt auf seine wirtschaftliche Wiedergeburt . . . . .	423
12.1.5 Übergang zur Marktwirtschaft in der Sowjetunion und in Osteuropa	424

12.1.6 Verzögerungen bei der Europäischen Währungsunion .....	426
12.1.7 Aufstieg der Länder Asiens .....	427
12.2 Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten .....	428
12.2.1 Wandel des internationalen Kapitalverkehrs .....	430
12.2.2 Internationalisierung des Yen und <i>Japan money</i> .....	432
12.3 Veränderungen des Welthandelssystems .....	435
12.3.1 Das GATT und die Uruguay-Runde .....	436
12.3.2 Regionalismus und Tripolarisierung der Welt .....	439
12.3.3 Rascher Anstieg der Direktinvestitionen .....	443
12.4 Globaler Beitrag Japans .....	443
12.4.1 Offene Fragen der Weltwirtschaft .....	443
12.4.2 Japans Beitrag zur Weltwirtschaft .....	446
 <b>Schlußkapitel</b>	
Situation und Aufgaben der japanischen Wirtschaft .....	453
1. Die Heisei-Rezession .....	453
2. Der Hiraiwa-Report .....	456
3. Mittel- und langfristige Perspektiven der japanischen Wirtschaft .....	456
 <b>Index</b> .....	 461

## Wirtschaftsreader – zu diesem Buch

Was ist Müll? Während der „Wahrig“ dieses Wort lakonisch mit „Kehricht, Asche, Abfälle“ in die Ecke des Unbrauchbaren verweist und nur widerstrebend einräumt, daß es sich ursprünglich um „Zerriebenes, Zermahlenes“ handele, etymologisch verwandt mit „Mehl“, widmen aktuelle enzyklopädische Lexika dem Müll ganze Seiten. Und dabei geht es weniger um dessen Unbrauchbarkeit, sondern -- im Gegenteil – um die Frage: Was geschieht mit dem Müll? Je nach Weltansicht der Autoren wird dabei im ersten Fall der Aspekt der Beseitigung bzw. der Lagerung, im zweiten Falle der der Wiederverwertung hervorgehoben.

Als Kinder haben wir gelernt: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Die spezifische Botschaft dieses Sprichworts ließ sich nur entschlüsseln, wenn vorausgesetzt wurde, daß es beim Hobeln nicht um Späne geht, sondern um jenen Teil des Materials, der von den Spänen befreit erst seiner eigentlichen Bestimmung nachkommen kann.

Doch genug des Herumstocherns in unserem kollektiven Bewußtsein vom Müll. Heute hat sich, anknüpfend an jenes Wissen um den Kreislauf der Dinge, welches frühgeschichtlich bereits dem Menschen verfügbar, jedoch lange Zeit durch die in der Industrialisierung kulminierende, zunehmende Spezialisierung verdrängt worden war, erneut die Einsicht Bahn gebrochen, daß es eigentlich keinen Müll gibt. Der Müll wird nicht abgesondert, er wird Teil des Nutzbaren und so dem Kreislauf der Dinge wieder zugeführt, kurz „recycelt“.

Das vorliegende Buch ist aus ähnlichen Überlegungen heraus entstanden. Im Herbst 1992 lief an der Freien Universität Berlin ein Projekt des Fachs Japanologie an, das anhand von natürlichen Texten – so nennen Sprachwissenschaftler schriftliche Äußerungen, die nicht in didaktischer Absicht entstanden sind – die aktuelle Wirtschaftsterminologie dokumentieren und so für deutschsprachige Nutzer zugänglich machen wollte. Dazu verwendete Texte waren Meldungen aus dem Wirtschaftsteil von Tageszeitungen, aber auch Fachtexte, Statistiken, Börsenberichte und anderes mehr. Beim Zusammenstellen des Korpus empfahl Herr Sung-Jo Park,

Professor für Japanologie mit Schwerpunkt Wirtschaft an der Freien Universität, ein Werk zu berücksichtigen, das an japanischen Hochschulen bereits seit Jahrzehnten zur Einführung in die Geschichte und Struktur der modernen japanischen Wirtschaft verwendet wird. Es erschien erstmals 1950 und ist derzeit in der 13. überarbeiteten Auflage auf dem Markt. Für die Auswertung erschien es uns geeignet, weil davon auszugehen war, daß ein Student der Wirtschaftswissenschaften in Japan durch die Lektüre dieses Werks neben den Fakten auch mit den grundlegenden Termini seines Fachs vertraut gemacht wird. Darüber hinaus aber reizte der Gedanke, eine geschlossene, alle wesentlichen Aspekte der modernen japanischen Wirtschaft im Überblick umfassende, ansprechende Darstellung sowohl Studierenden der Japanologie bzw. der mit Japan sich befassenden Wirtschaftswissenschaften als auch einer breiteren, an Japans Wirtschaft interessierten Öffentlichkeit zu präsentieren. Denn, obwohl das Fach Japanologie gerade im Bereich der Wirtschaft Japans durch Institutsgründungen bzw. durch die Schaffung von Lehrstühlen in den letzten Jahrzehnten einen starken Zuwachs erfahren hat, mangelt es noch immer an einführender Literatur. Dabei kann es nicht von Schaden sein, wenn mit dieser Übersetzung auch die japanische Sicht der Dinge zu Worte kommt, die nicht unbedingt auch die der hiesigen japanbezogenen Wirtschaftswissenschaft sein muß.

Mit dem vorliegenden Buch wird eine weiteres Werk einer Japan gewidmeten Trilogie im Oldenbourg-Verlag vorgelegt, nachdem Anfang 1997 bereits „Wirtschaftsjapanisch. Fachtextebuch Japanisch-Deutsch“ (Bernd Engel, Detlef Foljanty) erschienen ist. Auch dabei handelt es sich um ein Nebenprodukt der erwähnten Arbeit an einem Wirtschaftswörterbuch Japanisch-Deutsch an der Freien Universität. Die während der Projektarbeit entstandene Datenbank wird derzeit redaktionell bearbeitet, um sie für die Publikation vorzubereiten, angesichts des Umfangs ein außerordentlich zeitaufwendiges Unterfangen. Mit diesen drei Veröffentlichungen hoffen die an dem Hauptprojekt und seinen Ablegern Beteiligten, einen nicht unwichtigen Beitrag zu Ausbildung, Information und Referenz im Bereich Wirtschaft Japans geleistet zu haben.

Anfangen von der Idee zur Übersetzung und aller mit ihr verbundenen Fragen bis hin zur Überarbeitung der Kapitel nach relativ einheitlichen Standards inklusive Schlußredaktion lagen die Arbeiten an „Grundlagen der japanischen Wirtschaft“ ganz und ausschließlich in der Hand der Übersetzer selbst. Die deutschsprachigen Fassungen – eine Auflistung, wer welches Kapitel übersetzt hat, findet sich auf Seite VII – wurden teilweise von anderen beteiligten Übersetzern gegengelesen. Als Gruppe nahmen wir auch die nicht immer einfache sachliche und terminologische Abstimmung vor. Denn das japanische Original ist ebenfalls das Produkt einer kollektiven Arbeit, dessen einzelne Darstellungen relativ unabhängig voneinander gestaltet erscheinen. Arne Holzhausen unterzog das Typoskript abschließend einer kritischen Gesamtlektüre, ehe Elisabeth Leibold die Schlußredaktion übernahm.

Dem Verlag danken wir zum einen für seine Bereitschaft, dieses Werk zu veröffentlichen, und zum anderen für seinen Großmut in Terminfragen, den wir als Ausdruck des Wissens um die Schwierigkeiten einer kollektiven Publikation verstehen. Danken möchten wir auch Herrn Johannes Zimmermann (Stuttgart) für die Textgestaltung, er zeigte ebenfalls Verständnis für Terminverzögerungen und berücksichtigte unsere typographischen Extrawünsche, beispielsweise die vokalischen Längungszeichen bei der Transkription aus dem Japanischen.

Unser ganz besonderer Dank gilt Herrn Detlef Foljanty, der hier zwar am Ende unseres Vorworts erwähnt wird, der jedoch unser Projekt von Anfang an engagiert begleitete. Er war ebenfalls am Gegenlesen einiger Kapitel beteiligt und half uns bei der Übersetzung kritischer Passagen. Auch bei den vielen Beratungen bezüglich terminologischer und sachlicher Absprachen und nicht zuletzt bei unserer letzten Sitzung zur Klärung offener Fragen in bezug auf den Index nahm er sich trotz engen Terminplans Zeit und gab uns wichtige Anregungen.

Bevor nun die japanischen Autoren zu Wort kommen, soll noch kurz auf einige Formalien hingewiesen werden:

Eigennamen werden in der in Japan üblichen Reihenfolge wiedergegeben, d.h. der Familienname steht an erster Stelle. Japanische Begriffe sind in der Hepburn-

Transkription wiedergegeben, wobei lange Vokale mit einem Längungszeichen gekennzeichnet sind. Ausnahmen bilden einige Städtenamen wie Tokyo (statt Tōkyō) oder Osaka (statt Ōsaka), bei denen sich die Schreibweise ohne Längungszeichen international durchgesetzt hat.

Auf die Verwendung japanischer Begriffe im fortlaufenden Text wie in den Fußnoten ist zwecks besserer Lesbarkeit weitgehend verzichtet worden. Stattdessen wurde der Index zweisprachig verfaßt, der damit auch die Funktion eines kleinen Glossars japanischer Wirtschaftsausdrücke übernimmt.

## Vorwort

Seit der ersten Ausgabe des *Nihon keizai tokuhon* 1950 im Verlag *Tōyō Keizai* sind – aufgrund der positiven Resonanz – in der Folgezeit zahlreiche Neuauflagen erschienen. Der Wandel der japanischen Wirtschaft ist rasant, immer wieder tauchen neue Problemfelder auf. Es gab eine Zeit, da das Ziel der japanischen Wirtschaft darin bestand, Europa und die USA einzuholen. Es gab Zeiten, da bestanden die Aufgaben darin, die Umweltverschmutzung, die Ölkrisen und die Yen-Aufwertung zu überwinden.

Die japanische Wirtschaft hat diese Krisen schließlich gemeistert. Gegenwärtig befindet sich die japanische Wirtschaft zwar in der Rezession, dies ist aber nur ein kurzfristiges konjunkturelles Phänomen. Meine persönliche Überzeugung ist, daß die japanische Wirtschaft schon bald wieder im Zuge des technischen Fortschritts in den Bereichen Elektronik und Kommunikation auf den Wachstumspfad zurückkehren wird. Weltweit vollzieht sich ein epochaler Wandel mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, die durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und der osteuropäischen sozialistischen Staaten eingeläutet wurde. Statt des Rüstungswettlaufs steht nun die ökonomische Konkurrenz im Mittelpunkt. In diesem Kontext erscheint die völlig überarbeitete 13. Auflage des *Nihon keizai tokuhon*.

Zum Verständnis der Wirtschaft ist die Kenntnis der Geschichte, der Institutionen, der Empirie und der Theorie erforderlich. Ohne die Kenntnis der realen Wirtschaft wird die Wirtschaftstheorie nutzlos. So weit man auch die Theorie, daß der Preis Angebot und Nachfrage bestimmt, verfeinert – solange man die tatsächliche Gestalt von Angebot und Nachfrage in Japan nicht kennt, kann man auch das japanische Preisproblem nicht richtig verstehen. Soviel man auch die Grammatik einer Sprache lernt – ohne die Vokabeln und Fachausdrücke wird man kein Buch lesen können. Auf der anderen Seite ist es aber ebenso sinnlos, nur empirische Daten anzuhäufen. Es reicht nicht aus, nur zu wissen, daß der Yen von 260 Yen für einen Dollar auf 125 Yen für einen Dollar gestiegen ist, sondern man muß auch die Gründe

und die Auswirkungen dieser Aufwertung auf die Wirtschaft kennen. Dafür ist die Wirtschaftstheorie erforderlich.

Dies gilt sicherlich für jede Disziplin, aber in den Wirtschaftswissenschaften ist meiner Ansicht nach die Einheit aus empirischer und theoretischer Arbeit am wichtigsten. Max Planck hat einmal zu Keynes gesagt: „Eigentlich wollte ich Wirtschaftswissenschaft studieren, aber das war mir dann doch zu schwierig.“ Was hat ihn, einen der größten Physiker unserer Zeit, wohl zu dieser Aussage veranlaßt? Keynes hat es folgendermaßen erklärt: In der Wirtschaftswissenschaft sei zum einen die Einheit aus theoretischer und Beobachtungsgabe und zum anderen ein breites Wissen über Vorgänge, die sich nicht eindeutig fassen lassen, erforderlich; daher benötige ein Wirtschaftswissenschaftler andere Begabungen als ein Physiker. Ich stimme Keynes in diesem Punkt vollkommen zu, hier liegt auch das Interessante der Wirtschaftswissenschaft.

Da sich die Wirtschaftswissenschaft jedoch andererseits in viele Bereiche aufteilt, mag es wohl auch Wissenschaftler geben, die in ihrem Kopf ein realitätsfernes kleines Universum entwerfen und auf diese Weise ihre Theorien entwickeln. Dagegen ist nicht viel einzuwenden, nur entspricht dies nicht der Wirtschaftswissenschaft, wie sie Keynes verstanden hat.

Dieses Buch hat es sich zur Aufgabe gemacht, wichtige Fragestellungen der japanischen Wirtschaft unter dem Blickwinkel der Geschichte, der Institutionen, der Empirie und der Theorie zu behandeln. Da jedoch bei der Fülle des Materials der Platz nur begrenzt ist, kommt die Diskussion der Probleme zwangsläufig ein wenig zu kurz. Für diejenigen jedoch, die sich einen Überblick über die japanische Wirtschaft verschaffen wollen, bildet es einen guten Wegweiser, in dem die wichtigen Themen wie historische Entwicklung, Wirtschaftspolitik, öffentliche Finanzen, Finanzierung, Industriestruktur, Unternehmensführung usw. aufgegriffen werden.

Die Autoren dieses Buches sind Ökonomen aus dem Bereich des Wirtschaftsplanungsamtes. Um eine gewisse Einheitlichkeit zu gewährleisten, sind alle Beiträge von mir oder Kōsai Yutaka überarbeitet worden.

---

Für die Herausgabe dieses Buches möchte ich Herrn Ogura Naoto und Herrn Fukuda Keisuke vom Verlag *Tōyō Keizai Shinpōsha* danken.

Kanamori Hisao

Liste der Autoren (Übersetzer)

1. Kapitel: Sakuma Takashi (Cornelia Kriesel)
2. Kapitel: Nishikawa Masao  
(Sabine Dahlhausen, Elisabeth Leibold, Nauka Miura)
3. Kapitel: Sugita Nobuki (Vasco Honig)
4. Kapitel: Okumoto Keishin (Arne Holzhausen)
5. Kapitel: Yamauchi Naoto (Bernd Engel)
6. Kapitel: Azuma Kiyoshi (Elisabeth Leibold)
7. Kapitel: Komine Takao (Arne Holzhausen)
8. Kapitel: Ichikawa Masaki (Vasco Honig)
9. Kapitel: Yoshikawa Kaoru (Jörg Lobedau)
10. Kapitel: Watanabe Higashi (Vasco Honig)
11. Kapitel: Matsuyama Kenji (Bernd Engel)
12. Kapitel: Ōmori Takashi (Bernd Engel)
- Schlußkapitel: Kanamori Hisao (Cornelia Kriesel)



## Abkürzungen

APEC	—> Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
BIZ	—> Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BOJ	—> Bank of Japan
BSP	—> Bruttosozialprodukt
DAC	—> Ausschuß für Entwicklungshilfe
DÖMEI	—> Gesamtjapanischer Generalbund der Gewerkschaften
EAEC	—> East Asian Economic Caucus
EEA	—> Europäischer Wirtschaftsraum
EFTA	—> Europäische Freihandelsassoziation
EU	—> Europäische Union
EWS	—> Europäisches Währungssystem
GATT	—> Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
IWF	—> Internationaler Währungsfonds
NAFTA	—> Nordamerikanische Freihandelszone
NGO's	—> Non-Governmental Organizations
NIEs	—> Newly Industrializing Economies
ODA	—> staatliche Entwicklungshilfe
OECD	—> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OPEC	—> Organisation erdölexportierender Länder
OTO	—> Office of Trade Ombudsman
RENGŌ	—> Gesamtjapanischer Bund der Gewerkschaften in der Privatwirtschaft
SHIN-RENGŌ	—> Japanischer Gewerkschaftsbund
SII	—> Japanisch-Amerikanische Strukturberatungen
SŌHYŌ	—> Generalrat der Japanischen Gewerkschaften
WTO	—> Welthandelsorganisation



# 1 Entwicklungsschritte der japanischen Wirtschaft

## 1.1 Wirtschaftsentwicklung vor dem Krieg

### 1.1.1 Die wirtschaftlichen Errungenschaften der *Edo*-Zeit<sup>1</sup>

Die wirtschaftliche Entwicklung seit der *Meiji*-Zeit<sup>2</sup> basiert in einigen Aspekten auf Grundlagen, die während der *Edo*-Zeit geschaffen worden sind. Die *Edo*-Zeit war ökonomisch keine stagnierende Zeit, sondern zeichnete sich durch eine zunehmende Produktionskraft und ein starkes Bevölkerungswachstum aus. Durch die Erschließung neuer Reisanbaugebiete, die Einführung von Düngemitteln und verbesserte landwirtschaftliche Geräte wurde vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Produktion in der Landwirtschaft erhöht. Ebenso machte die Vermarktung von Agrarprodukten Fortschritte. Auch fanden in Form des sogenannten *ton'ya*-Systems<sup>3</sup> die Textilindustrie und das Brauereiwesen weite Verbreitung. Mit dem Lebensstandard stieg auch der Bildungsstandard. Im Vergleich zu anderen Ländern war die Alphabetisierungsquote in Japan überraschend hoch. Entgegen der allgemeinen Vorstellungen war der wirtschaftliche Stand am Ende der *Edo*-Zeit relativ hoch. Auf der anderen Seite führte jedoch die Finanzmisere des Shogunats und der feudalen *han* durch das Umprägen von Münzen<sup>4</sup> und die zunehmende Ausgabe von *han*-Geld<sup>5</sup> zu einer zunehmenden Destabilisierung des Währungssystems. Vor diesem Hintergrund geschah die Öffnung des Landes, und die japanische Wirtschaft kam mit der Weltwirtschaft in Kontakt. Der Unterschied der

<sup>1</sup> *Edo*-Zeit oder *Tokugawa*-Zeit: 1603-1867. A.d.Ü.

<sup>2</sup> *Meiji*-Zeit: 1868-1912. A.d.Ü.

<sup>3</sup> *Ton'ya*-System: Übergangsform der gewerblichen Betriebssysteme vom Handwerk zur Industrie. Verantwortlich für Produktion und Absatz war ein Großhändler (*ton'ya*), während die ausführenden Tätigkeiten durch Heimarbeiter in deren Wohnung oder Werkstatt erfolgten. Man unterscheidet: Lohnwerk, bei dem der Großhändler das Material liefert und der Arbeiter nach Stückzahl entlohnt wird; Preiswerk, bei dem der Heimarbeiter Arbeitskraft, Rohstoffe und Werkzeuge stellt und der Großhändler die Waren zu einem von ihm festgelegten Preis abnimmt (häufigere Form). A.d.Ü.

<sup>4</sup> Münzneuprägung: Neuprägung von Münzen (*koban* usw.) mit geringem Edelmetallgehalt: Das auf diese Weise zurückgewonnene Gold und Silber füllt die öffentlichen Kassen. Zusammen mit der Neuausgabe von Münzen führt dies zur Inflation.

<sup>5</sup> *Hansatsu* = *han*-Geld: Von den *han* (feudale Clans) herausgegebenes Geld, welches nur im Gebiete des jeweiligen *han* Verwendung fand.

in- und ausländischen Gold-Silberparitäten verursachte einen Abfluß des Goldes (Zufluß des Silbers), der zu großen Preissteigerungen führte.

### 1.1.2 Die Reformen zu Beginn der *Meiji*-Zeit

100 Jahre nach den westlichen Industrieländern, zu Beginn der *Meiji*-Zeit, begann Japan rasch, eine kapitalistische Wirtschaft aufzubauen. Die wichtigsten Reformen beim Übergang zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung war die Ermöglichung freier wirtschaftlicher Betätigungen und von Privateigentum. Angefangen mit der Abschaffung der gesellschaftlichen Stände Samurai, Bauer, Handwerker und Händler verfolgte die *Meiji*-Regierung kontinuierlich die Reform des alten Systems.<sup>6</sup> Neben der Liberalisierung des Handels war die Revision der Bodensteuer<sup>7</sup> 1873 eine der wichtigsten Reformen. Ihr Ziel war erstens die Sicherung der Finanzen der neuen Regierung und zweitens ein im ganzen Land einheitliches Steuersystem.

Neben Reformen des alten Systems wurde die Entstehung neuzeitlicher Industrien, die sogenannte „Implantation neuer Industrien“, gefördert. Das Zentrum dieser Reformen bildete die Einführung neuzeitlicher amerikanischer und europäischer Wirtschaftsinstitutionen und Industrien. Dazu gehörte in erster Linie die Gründung staatlicher Modellfabriken. Mit dem Ziel der Einführung und Verbreitung ausländischer Technologien wurden in Industriezweigen wie Bergbau, Werften, Eisenverhüttung, Telegraphie, Maschinenbau, Seide, Spinnerei und anderen Bereichen Fabriken unter direkter staatlicher Leitung errichtet. Viele dieser staatlichen Betriebe wurden nach Erreichen ihrer Ziele privatisiert.

<sup>6</sup> Reformen der *Meiji*-Regierung: Abschaffung des Binnenzolls (1868), Verbot der Ausfuhrbeschränkungen für Produkte aus einem *han* (Clangebiet 1869), Abschaffung des Ständesystems, Erlaubnis zum Bestellen von Feldern für den Eigenbedarf (1871), Freiheit bei der Wahl des Wohnsitzes und der Berufswahl, Aufhebung der Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerung von Land (1872).

<sup>7</sup> Revision der Bodensteuer: Feststellung der Besitzverhältnisse und des Agrarlandpreises, Vergabe von Eigentumsurkunden und Festlegung einer Bodensteuer von 3 Prozent des Landpreises. Die Zahlung der Steuer in Naturalien wurde abgeschafft, eine monetäre Zahlweise eingeführt. 3 Prozent vom Bodenwert entsprachen zu dieser Zeit einem Reisertewert von 34 Prozent, es handelte sich also um eine sehr hohe Steuer. 1873 machten die Steuereinnahmen aus der Bodensteuer über 90 Prozent der insgesamt gezahlten Steuer und damit fast 70 Prozent der Staatseinnahmen aus. Nach dem Chinesisch-Japanischen Krieg sank dieser Wert auf unter 50 Prozent.

Zudem wurde ein Bankensystem eingeführt. 1872 beschloß die Regierung das Staatsbankendekret<sup>8</sup> und förderte die Gründung von Banken. Sie konnten konvertierbare Banknoten herausgeben und hatten die Aufgabe, die Industrie mit Kapital zu versorgen. Zahlreiche Banken wurden gegründet, und 1879 war ihre Zahl auf 153 gestiegen.

Darüber hinaus wurden Kapitalgesellschaften in den Bereichen Industrie und Handel gegründet. Die Regierung förderte die Gründung von Handelsgesellschaften und Devisenfirmer<sup>9</sup>, um den Binnen- und Außenhandel zu fördern. Um die Frachtschifffahrt an den Küsten sicherzustellen, wurde ein besonderer Schutz für Schiffahrtsgesellschaften, die zu Mitsui und Mitsubishi gehörten, gewährt.

Durch die Regierung selbst wurde ein Telegraphenunternehmen (1868), ein Postunternehmen (1871) und ein Eisenbahnunternehmen (1872) gegründet, um die Schaffung einer industriellen Infrastruktur zu fördern. Nach 1881 wurde der Ausbau der Eisenbahn durch private Unternehmen stark vorangetrieben, so daß um 1900 das Schienennetz das gesamte Land fast vollständig umspannte.

Um die Inflation einzudämmen, die während der Satsuma-Rebellion<sup>10</sup> von 1877 entstanden war, wurden von Matsukata Masayoshi<sup>11</sup> eine restriktive Finanzpolitik und eine Regulierung der Banknotenausgabe vorangetrieben. Um den dramatischen Anstieg von Banknoten unter Kontrolle zu bekommen, wurde von der Regierung 1882 die Japan Bank gegründet und die Herausgabe von Banknoten

<sup>8</sup> Staatsbanken trugen zwar den Namen Staatsbank, waren aber in Wirklichkeit Privatbanken. Die Bezeichnung rührt vermutlich von einer falschen Übersetzung der amerikanischen Nationalbanken her. Von diesen Banken, die entsprechend ihrem Gründungsdatum eine Nummer erhielten, gibt es heute noch die „Erste Bank“ (*Dai Ichi Kangyō Ginkō*) und weitere sieben Banken.

<sup>9</sup> Devisenunternehmen: Finanzunternehmen, die den Handelsfirmen zur Finanzierung Kapital liehen. Vorläufer der Staatsbanken, wurden aber mit der Erlassung des Staatsbankendekrets sämtlich aufgelöst.

<sup>10</sup> In Japan als *Seinan-Kampf* bezeichnet. Der größte von mehreren Aufständen ehemaliger Samurai, die mit den internen Reformen nicht einverstanden waren. Der Anführer des Aufstands, Saigo, hatte in Satsuma (Süd-Japan) ein Heer von ungefähr 30.000 Ex-Samurai aufgestellt, die sechs Monate lang gegen die Regierungstruppen aus Tokyo kämpften, bevor dieses Dienstpflichtigenheer den Aufstand niederschlug. Saigo und die meisten seiner Gefolgsleute starben oder nahmen sich das Leben. *A.d.Ü.*

<sup>11</sup> Matsukata Masayoshi (1835–1924), Politiker aus Satsuma. Finanzminister im ersten (22.12.1885–30.4.1888) und zweiten Itō-Kabinett (8.8.1892–16.9.1896), zwischendurch Premierminister und Finanzminister zugleich (5.6.1891–8.8.1892), beeinflusste die japanische Finanzpolitik dieser Zeit maßgeblich. *A.d.Ü.*

auf diese beschränkt. Die Finanzpolitik von Matsukata<sup>12</sup> verursachte von 1882–1885 eine heftige Rezession. Jedoch schufen das wiederhergestellte Vertrauen in die Währung und den Markt für öffentliche Anleihen sowie sinkende Zinsen und Löhne neue Investitionsanreize. Hinzu kam noch der Preissturz des Silbers gegenüber dem Gold und der damit verbundene fallende Wechselkurs des Yen gegenüber den auf Goldstandard<sup>13</sup> basierenden Währungen auf dem Devisenmarkt, wodurch die japanischen Exporte gefördert wurden. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für die zukünftige japanische Wirtschaftsentwicklung gelegt.

### 1.1.3 Fortschritte bei der Industrialisierung

Durch die Kombination von Kapitalknappheit und Überfluß an Arbeitskräften richtete sich die 1886 beginnende eigentliche Industrialisierung Japans auf die arbeitsintensiven Industrien aus. Im Mittelpunkt standen hier die Leichtindustrien, z.B. die Textilindustrie, in erster Linie Seide und Baumwolle.

Die Industrialisierung Japans wurde durch den Japanisch-Chinesischen Krieg (1894–1895) und den Japanisch-Russischen Krieg (1904–1905) stark gefördert. Nach dem Japanisch-Russischen Krieg erreichte Japan die vollständige Zurückerlangung seiner Zollautonomie (1911) und ergriff auch protektionistische Maßnahmen. Auf der anderen Seite hatte das Erstarren des Staates zu einem zunehmenden Vertrauen des Auslands gegenüber Japan geführt. Dies ermöglichte Japan die Kapitalbeschaffung im Ausland. Der Wechsel zum Goldstandard, der durch die Reparationszahlungen des Chinesisch-Japanischen Kriegs ermöglicht wurde, führte dazu, daß die Regierung Auslandsanleihen ausgab. Wegen der Gefahr eines Yen-Sturzes auf dem Devisenmarkt war sie bisher sehr vorsichtig mit der Aufnahme ausländischen Kapitals

<sup>12</sup> Matsukatas Finanzpolitik: Durch Aufbau eines neuen Steuersystems und Anhebung der Steuersätze wurde eine Zunahme der Staatseinkünfte erreicht; durch Einsparung der Verwaltungskosten und durch Verlagerung von Kosten von der Ebene des Staates auf regionale Ebenen wurden gleichzeitig die Ausgaben eingegrenzt. Mit den so eingesparten Finanzmitteln wurde Noten/Papiergeld eingelöst und die Reserven durch den Aufkauf von (Metall)münzen vergrößert (Ziel: Deckung des Geldumlaufs).

<sup>13</sup> Goldstandardsystem: Währungssystem, in dem die Währungseinheiten als bestimmte Menge Gold definiert sind und die Banknoten jederzeit gegen Gold eingetauscht werden können. Durch eine Beschränkung der Geldmenge auf die Menge des Goldes sollte das Überemittieren des Papiergeldes verhindert und damit Inflation abgewehrt werden.

gewesen. Hierdurch wurden die Grundlagen für die Schwerindustrie geschaffen, und auch in Japan vollzog sich die industrielle Revolution.

Im folgenden Ersten Weltkrieg (1914-18) war Japan, obwohl es Kriegsteilnehmer war, außerhalb des eigentlichen Kriegsgebiets. Dadurch gab es extreme Exportsteigerungen, und die Entwicklung in den Bereichen der Schwerindustrie (mit Schwerpunkt auf Schiffsbau und Eisenverhüttung) sowie der Chemie mit Farbstoffen, Pharmazeutika und Dünger kam rasch voran. Die Marine, deren Schiffsbestand 1872 nicht über 23.000 Tonnen hinausging, erreichte nach dem Ersten Weltkrieg 3.050.000 Tonnen. Sie setzte auch anschließend ihr Wachstum fort, und zu Beginn des Pazifischen Krieges 1941 verfügte Japan nach Amerika und England über die drittgrößte Marine der Welt.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sank die Nachfrage aus dem Ausland drastisch, wodurch sich die Importüberschüsse vergrößerten. Die auf wachsendes Vertrauen und Erwartungen gestützte Konjunktur verschlechterte sich. Das große Kantō-Erdbeben 1923, eine Finanzkrise 1927, die Weltwirtschaftskrise 1929 und Mißernten in der Landwirtschaft 1930 setzten die Reihe der Krisen und Rezessionen fort. Schließlich wurde 1930 auf der Basis des alten Kurses das Verbot des Goldexportes aufgehoben (Rückkehr zum Goldstandardsystem). Zusätzlich zu den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führte dies zu einem Preissturz ins Bodenlose; der Wirtschaftswelt wurde ein weiterer schwerer Schlag zugefügt. Aber auch diese lange Rezession endete mit dem Zwischenfall in der Mandschurei (1931)<sup>14</sup> und der Wiedereinführung des Goldembargos<sup>15</sup> Ende desselben Jahres. Mit dem Abfallen vom Goldstandardsystem fiel der Wechselkurs, wodurch es zu einer Zunahme der Exporte kam und die Wirtschaft sich belebte. Viele Länder nahmen die Wirtschaftskrise jedoch zum Anlaß, ihre Tendenz zu Protektionismus und Selbstversorgung zu verstärken. Auf diese Weise kam es in der Weltwirtschaft zur Bildung verschiedener Wirtschaftsblöcke.

<sup>14</sup> Japan besetzte Teile der Mandschurei und errichtete den Marionettenstaat *Manschukuo. A.d.Ü.*

<sup>15</sup> Goldexportverbot und dessen Aufhebung: Japan folgte im Januar 1930 der allgemeinen Tendenz in der Welt und hob das seit 1917 bestehende Exportverbot für Gold auf. Da dies jedoch zu einem im Vergleich zum fallenden effektiven Wechselkurs relativ hohen Tageskurs durchgeführt wurde, stürzten die Preise, und nach nicht ganz zwei Jahren wurde das Exportverbot im Dezember 1931 wiederum eingeführt.

Mit Beginn des Chinesisch-Japanischen Krieges 1937 verstärkten sich die dirigistischen Tendenzen auch in der japanischen Wirtschaft, durch den absoluten Vorrang der Kriegsführung vor anderen Staatszielen verschlechterten sich die allgemeinen wirtschaftlichen Grundlagen. Japan forcierte die Blockbildung mit Südostasien, verlor dabei aber viele Möglichkeiten im sonstigen internationalen Handel. 1941 kam es – unter den in erster Linie amerikanischen Wirtschaftssanktionen – zum Ausbruch des Pazifischen Krieges. Die japanische Wirtschaftslage verschlechterte sich daraufhin zunehmend, und schließlich brach die Wirtschaft vollkommen zusammen.

## 1.2 Wiederaufbau der Wirtschaft in der Nachkriegszeit

### 1.2.1 Überwindung der Inflation nach dem Krieg

Direkt nach dem verlorenen Krieg herrscht eine wirtschaftliche Situation, in der – wie auch im ersten Wirtschaftsweißbuch beschrieben – alle wirtschaftlichen Akteure, der Staat, die Unternehmen und die privaten Haushalte rote Zahlen schreiben. Im Jahr nach dem Krieg war die Stahlproduktion auf weniger als 30 Prozent des Vorkriegsniveaus (1934-36) gesunken. Die Landesfläche war um 44 Prozent geringer als vor Ausbruch des Pazifischen Krieges. In dieser Situation mußten sechs Millionen Heimkehrer und demobilisierte Soldaten aufgenommen werden. Die Maßnahmen der Besatzungsarmee in Japan richteten sich in der ersten Zeit nach dem Krieg auf Entmilitarisierung und Demokratisierung. Japans Wirtschaft stand weiterhin unter einer Wirtschaftsblockade. Anfangs wurden selbst Rohstoffimporte nicht zugelassen.

In kurzer Zeit wurden zur Demokratisierung der Wirtschaft folgende Maßnahmen durchgeführt: die Zerschlagung der *zaibatsu* und die Auflösung von Monopolen<sup>16</sup>,

<sup>16</sup> Auflösung der *zaibatsu*: Im September 1945 wurden von der US-Regierung die „Verwaltungsprinzipien für Japan“ herausgegeben mit dem Ziel, Militarismus zu verhüten und eine Demokratisierung der Wirtschaft zu erreichen. Darin wurde das amerikanische Hauptquartier in Japan (GHQ) angewiesen, die großen Finanzkonglomerate (*zaibatsu*), die in der japanischen Wirtschaft eine beherrschende Stellung innehatten, aufzulösen. Ab August 1946 wurden durch den Ausschuß zur Regulierung von Holdingunternehmen die Abwicklung der Holdings verfügt. Durch das Gesetz zur

eine Bodenreform<sup>17</sup> und die Demokratisierung der Arbeitswelt<sup>18</sup>. Dies hatte auf die spätere Entwicklung der japanischen Wirtschaft einen großen Einfluß. Auf der anderen Seite konnten vorübergehende Turbulenzen und Friktionen nicht vermieden werden.

Durch umfangreiche Emissionen von Banknoten während des Krieges, durch die Zunahmen von Einlagen auf Sparkonten und die Zunahme von Staatsanleihen war direkt nach dem Krieg ein großer Bestand an Finanzkapital vorhanden. Hinzu kamen Zahlungen an die entlassenen Soldaten, Kriegsentschädigungszahlungen an die zur Rüstungsproduktion zwangsverpflichteten Unternehmen und andere durch die Abwicklung des Militärs verursachte Kosten. Aus diesen Gründen bildete sich eine starke Inflation. Um die Inflation überwinden zu können, ließ die Regierung im Februar 1946 als geldpolitische Notmaßnahme die Konten sperren. Dies führte aber, wegen der allgemeinen Mangelsituation, nur zu einem kurzfristigen Effekt. Deshalb führte die Regierung ab Anfang 1947 das sogenannte System der Vorzugsproduktion<sup>19</sup> zusammen mit preisregulierenden Subventionen für Waren des Grundbedarfs ein. Es wurde darüber hinaus die Bank für Wiederaufbau (Reconstruction Finance Bank) eingerichtet, die schwerpunktmäßig wichtige Industrien mit Kapital versorgte.

Abschaffung einer Konzentration übermäßiger Wirtschaftskraft (*Kado keizairyoku shōchō haiki hō*) wurden Großunternehmen aufgeteilt. Banken und andere Finanzinstitute wurden jedoch von diesem Erlaß nicht betroffen.

<sup>17</sup> Bodenreform: Im Dezember 1945 wurde durch die Besatzungsarmee das Memorandum zur Bodenreform (*Nōchi kaikaku ni kansuru oboegaki*) erlassen, nach dem

(1) Großgrundbesitzern, die ihren ständigen Wohnsitz nicht auf ihrem Land nehmen, ihr gesamtes Pachtland und Großgrundbesitzern, die auf ihrem Land leben, ihr gesamtes Pachtland bis auf einen Hektar (Ausnahme Hokkaidō: 4 Hektar) von der Regierung abgekauft und billig an die Pachtnehmer weiterveräußert wird.

(2) Für das verbleibende Pachtland wurde das Pachtrecht stabilisiert, die Zahlart der Pacht auf Geld umgestellt und Obergrenzen festgelegt (bei Reisfeldern auf 25 Prozent und bei anderen Feldern auf 15 Prozent).

<sup>18</sup> Demokratisierung der Arbeitswelt, umfaßt die drei folgenden Gesetze: das Gewerkschaftsgesetz (*Rōdō kumiai hō*) (1945), das Gesetz über die Beilegung von Arbeitskonflikten (*Rōdō kankei chōsei hō*) (1946) und das Arbeitsnormengesetz (*Rōdō kijun hō*) (1947).

<sup>19</sup> Prinzip der Vorzugsproduktion: Als Ausgangspunkt für eine Wiederherstellung der Wirtschaft wurden für die Grundstoffe der Produktion, Kohle, Eisen und Stahl, eine konzentrierte Produktionssteigerung geplant, dessen Erfolge sich stufenweise auch auf die anderen Industrien ausweiten sollte.

Vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Kalten Krieges 1948 veränderte sich die Politik der Besatzer gegenüber Japan hin zur Förderung der Selbständigkeit Japans. Neun Prinzipien zur Stabilisierung der Wirtschaft wurden verabschiedet, die begrenzte Wiederaufnahme des privaten Außenhandels wurde erlaubt. 1949 wurde mit der Ankunft des Gesandten Dodge als Wirtschaftsberater der Besatzungstruppen in Japan die sogenannte „Dodge Line“ eingeführt.

Joseph Dodge sah die japanische Wirtschaft als eine „Bambuspferdwirtschaft“, die durch inländische Subventionen und amerikanische Hilfe auf zwei Beinen steht. Um sie auf ihre eigenen Beine zu stellen, war der radikale Abbau dieser Hilfen erforderlich. Die Subventionen wurden stark eingeschränkt und der Gesamthaushalt wurde – u.a. durch die Einstellung der Ausgabe von Anleihen der Bank für Wiederaufbau – ausgeglichen, um so die Inflation einzudämmen. Zweitens wurde durch eine Festlegung des Wechselkurses von einem Dollar zu 360 Yen der freie Außenhandel gefördert. Das Ergebnis der „Dodge Line“ war tatsächlich eine Beilegung der Inflation. Die Kontrollen der Wirtschaft wurden nacheinander aufgehoben, und es vollzog sich ein Übergang zur freien Marktwirtschaft.

Dies führte jedoch bei vielen Unternehmen zu ernsthaftem Kapitalmangel. Konkurse häuften sich, die Zahl der Arbeitslosen nahm zu und die japanische Wirtschaft fiel umgekehrt in den Zustand der Deflation.

### 1.2.2 Der Korea-Krieg und die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Vorkriegsniveaus

Im Juni 1950 brach der Korea-Krieg aus (bis 1952). Für Japan war er der Auslöser einer starken Sonderkonjunktur, und Japan nutzte die günstige Gelegenheit der Aufrüstung in der Welt zur Exportexpansion; die Wirtschaft begann zu wachsen. Aufgrund dieser Sondernachfrage<sup>20</sup> konnten die Lagerbestände der Dodgeschen

<sup>20</sup> Sondernachfrage: Bezeichnete anfänglich die Nachschubbeschaffung der amerikanischen Armee während des Korea-Krieges, später wurden dann Einnahmen, die durch die stationierten Truppen und den persönliche Konsum der Armeeingehörigen entstanden, mit eingerechnet. Diese Einnahmen werden in der Zahlungsbilanz nicht als Exporte, sondern als Regierungsgeschäfte in der Dienstleistungsbilanz (*invisible trade*) verzeichnet.

Rezession geräumt werden, auch die Deviseneinnahmen zur Deckung der Importe im Zuge der wirtschaftlichen Belebung stiegen. Der Boom der Sondernachfrage schwächte sich ab, als die Amerikaner den Kauf von strategischem Material stoppten, und nach dem Höhepunkt im April 1951 begann die Konjunktur sich langsam abzuschwächen.

Jedoch ließ sich seit 1952 ein seit dem Kriege unterdrücktes Anwachsen der Konsumausgaben sehen, welches von steigenden Investitionen begleitet wurde, die bei schleppender Produktion und Exporten die Konjunktur stützten. Das Ansteigen der Anlageinvestitionen spiegelt die Tatsache wider, daß die Unternehmen im Begriff waren, von der Stufe der Ersatzinvestitionen – wie in der Zeit des Wiederaufbaus – die Stufe der Rationalisierungsinvestitionen – zur Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit – zu erklimmen.

Neben der Rationalisierung und der Förderung der Modernisierung in den Hauptindustriezweigen wie Eisen und Stahl (Bandeisenwalzwerke), Schiffbau (Elektroschweißen), chemische Düngemittel, elektrischer Anlagenbau usw. wurde die Einführung neuer ausländischer Technologien gefördert, um die durch die Kriegszeit zurückgeworfene technische Entwicklung aufzuholen. Auch in den Bereichen Autos, Kunstfasern, Elektrohaushaltsgeräten u.a. wurden neue Technologien eingeführt, die die Basis für wirtschaftliche Unabhängigkeit verbreiterten. Durch politische Maßnahmen wie dem Gesetz zur Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen in Unternehmen (1952)<sup>21</sup> wurde ein Sonderabschreibungssystem zur Modernisierung der Anlagen in den Hauptindustrien geschaffen. Daneben wurden sowohl die Japanische Entwicklungsbank, die Japan Import-Export-Bank und die Kasse für mittelständische Unternehmen als auch die Longterm-Kreditbanken gegründet; diese Banken ermöglichten die Nutzung öffentlicher Mittel (in den Industrien) und stellten langfristiges Kapital zur Verfügung.

Außenpolitisch wurde der Friedensvertrag von San Francisco unterzeichnet (September 1951), der Japan den Weg in die Unabhängigkeit öffnete und die Wiedereingliederung in die internationale Gesellschaft vorbereitete.

<sup>21</sup> Japanischer Gesetzesname: *Kigyō gōrika sokushin hō*.

Bereits in der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges 1944 schlossen die Regierungen der Alliierten die Abkommen des Internationalen Währungsfonds (IWF)<sup>22</sup> und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank)<sup>23</sup> (Bretton Woods System); in der Nachkriegszeit wurde dann das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT, 1947)<sup>24</sup> hinzugefügt und so der Rahmen zur Förderung des Freihandels nach Ende des Krieges (IWF- und GATT-System) komplettiert. Direkt nach dem Krieg konnte Japan natürlich noch nicht den Anforderungen eines freien Welthandels entsprechen. Erst 1953 trat Japan dem IWF und der Weltbank und 1955 dem GATT als ordentliches Mitglied bei; im ersten Fall unter Artikel 14 (zur Sicherung der Zahlungsbilanz ist eine Devisenbewirtschaftung zulässig), im zweiten Fall unter Artikel 12 (zur Sicherung der Zahlungsbilanz ist eine Außenhandelskontrolle zulässig).

Zu dieser Zeit hatte die japanische Wirtschaft ungefähr wieder das Niveau der Vorkriegszeit (1935) erreicht. Der Index der Industrieproduktion, der private Konsum (real) und die Privatinvestitionen waren 1951, das BSP (real) und die realen Löhne 1952 wieder auf dem Vorkriegsniveau. Allerdings waren die Zahlungsbilanzen durch die Sondernachfrage gestützt, und die Großunternehmen hatten trotz der Sondernachfrage kaum Neueinstellungen getätigt, so daß sich der Zuwachs der Beschäftigung auf die Klein- und Mittelbetriebe konzentrierte, deren Lohnniveau eher gering war. Die sogenannte duale Struktur<sup>25</sup> der Wirtschaft wurde offenkundig.

<sup>22</sup> IWF = Internationaler Währungsfond. Ziele: (1) Förderung einer internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit, (2) Sicherung der Wechselkursparitäten, (3) Aufbau eines multilateralen Zahlungssystems. Gegründet im Dezember 1945, wurde der IWF nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges zum Mittelpunkt des internationalen Währungssystems.

<sup>23</sup> Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Im Gegensatz zum IWF, der Kreditgewährungen an Mitgliedsländer zur Behebung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten unternimmt, vergibt die Weltbank langfristige Kredite zum Aufbau der Wirtschaft und Entwicklung. Das Kapital wird durch Kapitaleinlagen/Beiträge der Mitgliedsländer und durch die Emission von Anleihen bereitgestellt.

<sup>24</sup> Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT): Abkommen über die Grundsätze der Handelspolitik und Zolltarifgestaltung, 1947 in Kraft getreten; Ziel ist die Überwindung bzw. Abschaffung tarifärer u.a. Handelshemmnisse und die Beseitigung diskriminierender Handelsmaßnahmen, wobei sich der Vertrag auf die grundlegenden Prinzipien Freiheit, Gegenseitigkeit und Gleichbehandlung verpflichtet.

<sup>25</sup> Duale Struktur: Vor dem Hintergrund eines Arbeitskräfteüberangebots in der Landbevölkerung bestand ein Angebot von Arbeitskräften zu Mindestlöhnen. Auf dieser Grundlage manifestierten sich

### 1.3 Hohes Wirtschaftswachstum und Liberalisierung des Außenhandels

#### 1.3.1 Fortschritte durch Investitionen in den technischen Fortschritt

Obwohl 1953 die Einnahmen aus der Sondernachfrage 800 Millionen Dollar betragen, stiegen durch die große Inlandsnachfrage die Importe so stark, daß die Zahlungsbilanz insgesamt stark negativ wurde. Deswegen wurde eine restriktive Finanz- und Geldpolitik betrieben, und 1954 glitt die Wirtschaft in die Rezession. Aufgrund der positiven Weltwirtschaft wurde aber schon bald wieder ein Zahlungsbilanzüberschuß erzielt, und die Konjunktur erholte sich innerhalb kurzer Zeit. Dieses Phänomen, daß durch die Verschlechterung der Zahlungsbilanz das Wachstum gedrosselt werden mußte, wurde der „obere Plafond der Zahlungsbilanz“ genannt, und die in den folgenden 15 Jahren auftretenden Konjunkturzyklen, Zunahme der Inlandsnachfrage – „oberer Plafond der Zahlungsbilanzen“ – restriktive Geldpolitik – Abwärtstrend der Konjunktur, entsprachen genau diesem sich wiederholenden Muster.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre erlebte die japanische Wirtschaft ein sehr hohes Wachstum. Die Triebkraft dafür waren die innovativen Investitionen, die in den beiden Boomphasen „Jinmu-Konjunktur“ (1956–57) und „Iwato-Konjunktur“ (1959–61) intensiviert wurden. In den Basisindustrien waren bereits in der ersten Hälfte der 50er Jahre im großen Stil Anlageinvestitionen getätigt worden. In der zweiten Hälfte der 50er Jahre fand u.a. in der Stromerzeugung eine Umstellung auf leistungsfähigere und größere Kraftwerke statt, die Eisenverhüttung wurde auf Großhochöfen umgerüstet, so daß das Erreichen von *economies of scale* im Mittelpunkt der Bemühungen stand. Auch in der chemischen Industrie – hier vor allem in der Petrochemie –, im Anlagenbau, z.B. den elektrischen Anlagen und der Metallverarbeitung, und in den Konsumgüterindustrien wie Autos, Haushaltsgeräte und Kameras kam es nun vor dem

Unterschiede in den Arbeitsbedingungen wie Löhne und in der Produktivität und der Rentabilität zwischen den modernen Großunternehmen auf der einen und den Klein- und Mittelbetrieben in den traditionellen Industrie- und Dienstleistungsbereichen auf der anderen Seite.

Hintergrund technischer Innovationen zu verstärkten Anlageinvestitionen. Diese Investitionen in den technischen Fortschritt führten nicht nur zu zusätzlichen Investitionen in der Investitionsgüterindustrie, sondern durch Einkommenssteigerungen wegen der Zunahme der effektiven Gesamtnachfrage stiegen auch die Konsumausgaben, wodurch wiederum neue Investitionen notwendig wurden; dieser positive Investitionskreislauf führte zum Boom.

Das Bewußtsein eines hohen Wirtschaftswachstums setzte sich nach und nach in der Bevölkerung durch, und ein Verhalten, das zur Voraussetzung der Hochwachstumsphase wurde, erfaßte mehr und mehr Japaner. Der vom Ikeda-Kabinett 1960 aufgestellte „Plan zur Verdoppelung des Volkseinkommens“<sup>26</sup> spielte dabei eine wichtige Rolle hinsichtlich der Durchsetzung dieses Denkens: Es wurde für die Menschen zu einer Selbstverständlichkeit, mit der Zunahme der Löhne und Gehälter diese auch entsprechend auszugeben.

Die Unternehmen forcierten mit Blick auf die Zukunft – auch wenn sie gegenwärtig nicht notwendig waren – ihre Investitionen, um Marktanteile zu halten. Der Kampf um Marktanteile zwischen den Unternehmen wurde schärfer und heizte wiederum den Investitionsboom an.

<sup>26</sup> Plan zur Verdoppelung des Volkseinkommens: vgl. Abschnitt 3.3.

Tabelle 1-1

Entwicklung der japanischen Wirtschaft nach dem Krieg

	Einheit	1992	Hochkon- junktur- phase (1960)	Nach- kriegszeit (1947)	Vorkriegs- zeit (1934-36)
BSP (real) pro Kopf	1985= 10 Mrd. ¥ =1000 ¥	42468 3417	6515 691	2050 263	3169 458
Export- index	1985=100 "	119,4 165,0	5,7 14,5	0,3 <sup>6)</sup> 1,9 <sup>6)</sup>	4,6 9,1
Import- index					
Primäre Energie- versorgung	in 1000 Mrd. kcal	50073	10081	3074	3836
Elektrische Energie (Gesamt- ausstoß- menge)	in Mrd. kWh	8953 <sup>1)</sup>	1155	328	241
Industrie- produkti- onsindex	1985=100	119,8	15,8	1,7	4,8
Rohstahl	10000 t	9813	2214	95	459
Zement	10000 t	8956	2254	124	524
Textilien (Baum- wolle, Wol- le, Seide, Synthetik)	1 Mio. m <sup>2</sup>	4852	4182	616	3993
Kraftfahr- zeuge	1000 Stück	9379	165	1	-
Fernseher	1000 Stück	14253	3578	-	-
Land- Forst und See- wirtschaft	1985=100	94,7 <sup>1)</sup>	72,0	38,5	48,3
Reis	1000 t	10573	12858	8798	8832
Rinder	1000 Stück	4980	3164	1990	1660
Fisch	1000 t	9978	6192	2285	4193
Wohnungs- bau	1000 Whng.	42007 <sup>3)</sup>	17934 <sup>5)</sup>	13907 <sup>6)</sup>	-
Güter- transport (Inland)	Mio. t	6919 <sup>2)</sup>	1533	340	1135
Tourismus (Inland)	Mio. Menschen	80347 <sup>2)</sup>	20291	8587	9445
Angestellte im Primär-, Sekundär-, Tertiär- sektor	in Prozent	7,1 <sup>4)</sup> 33,3 <sup>4)</sup> 59,0 <sup>4)</sup>	32,7 29,1 38,2	48,5 <sup>7)</sup> 21,8 <sup>7)</sup> 29,6 <sup>7)</sup>	44,8 <sup>8)</sup> 26,0 <sup>8)</sup> 29,0 <sup>8)</sup>

Jeweils nach Statistiken von: 1) 1992 2) 1991 3) 1988 4) 1985 5) 1958 6)  
1948 7) 1950 8) 1940

### 1.3.2 Der Übergang zu einem freien Wirtschaftssystem

Mit Beginn der 60er Jahre verstärkten sich die in- und ausländischen Forderungen nach Liberalisierung des japanischen Außenhandels. 1959, mit der starken Zunahme japanischer Exporte nach Amerika, nahmen auch die Forderungen nach Beseitigung der japanischen Importbeschränkungen zu. Auch im Rahmen des IWF und GATT verstärkten sich die Liberalisierungstendenzen. In Japan entstanden – trotz der starken Unsicherheiten gegenüber einem freien Wirtschaftssystem – Strömungen, die für eine Liberalisierung waren, da dadurch die Möglichkeit geschaffen wurde, Behinderungen der Wirtschaft durch die Wirtschaftslenkung zu beseitigen und Rohstoffe billiger zu importieren. 1960 wurde von der Regierung der Maßnahmenkatalog zur Liberalisierung von Handel und Devisen erlassen, und Japan wechselte im GATT auf Artikel 11 und 1964 im IWF auf Artikel 8.

Ebenfalls 1964 trat Japan der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)<sup>27</sup> bei und wurde so Partner der amerikanischen und europäischen Industriestaaten. Japan öffneten sich so Wege, als Handelsnation die Vorteile des Freihandels zu nutzen.

Im Sommer 1961 schwächte sich die Konjunktur (Iwato-Konjunktur) ab, erholte sich zwar noch einmal 1963 wegen der im darauffolgenden Jahr stattfindenden Olympiade, fiel dann aber in der zweiten Hälfte 1964 in eine Rezession. 1965 kam es zu Firmenzusammenbrüchen auch unter den Großunternehmen, und Unternehmen, die Produktionsanpassungen durchführten bzw. ein Rezessionskartell bildeten, nahmen zu. Diese erste große Rezession nach Ende des Krieges wurde „Showa-40-Rezession“ genannt. Im Juli 1965 steigerte die Regierung die Ausgaben und brach gleichzeitig mit der Emission von langfristigen Staatsanleihen ein Tabu, das seit Ende des Krieges bestanden hatte. Denn seit der Dodge Line galt das Prinzip

<sup>27</sup> OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Nachfolgeorganisation der nach Ende des Zweiten Weltkriegs zum Wiederaufbau und der wirtschaftlichen Förderung Europas gegründeten OEEC (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit), 1961 gegründet als Reaktion auf die geänderte Weltwirtschaftslage (z.B. Entwicklungsländerproblematik). Vollbeschäftigung, Steigerung des Lebensstandards, Währungs- und Finanzstabilisierung, Handels- und Kapitalliberalisierung, Entwicklungshilfe und in neuerer Zeit Umwelt- und Energieprobleme (Gründung der IEA) sind die weitgespannten Themen, die von den Mitgliedsländern bearbeitet werden. Mit Amerika, der EU und Japan bilden 24 Industrieländer die OECD.

des ausgeglichenen Haushalts. Die Emission von langfristigen Staatsanleihen war für die Finanzpolitik der Beginn einer neuen Ära.

Im Jahr 1966 erholte sich die Wirtschaft und setzte zur längsten konjunkturellen Aufschwungphase der Nachkriegszeit an, die sich bis in die 70er Jahre fortsetzte (die sogenannte Izanagi-Konjunktur). Während dieser Boomphase verstärkte sich die japanische Wirtschaftskraft so, daß 1968 das Bruttosozialprodukt Japans das Westdeutschlands übertraf und Japan nach Amerika an die zweite Stelle in der freien Welt trat.

### 1.3.3 Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft

Durch das hohe Wachstum kam es zu vielfältigen Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. In den wenigen Jahren zwischen 1955 und 1961 war der Anteil des Primärsektors am Nettosozialprodukt von 22,7 Prozent auf 13,5 Prozent gesunken und der Sekundärsektor von 28,9 Prozent auf 37,1 Prozent gestiegen. Bei den Industrieprodukten nahm der Anteil der Leichtindustrie ab, und Bereiche der Schwerindustrie wie Maschinen, Metall, Chemie, Ö Raffinerien u.a. stiegen von 40,7 Prozent auf 53,4 Prozent. Im Mittelpunkt des sich ausweitenden Exports standen die Produkte der chemischen und Schwerindustrie. Dies zeigt, daß durch die Investitionen in technische Innovationen die Produktivität in diesem Bereich sehr stark gesteigert und die internationale Wettbewerbskraft erheblich verbessert worden war.

Die für eine solche Industrialisierung notwendigen Arbeitskräfte wurden durch die Migration der Menschen aus den ländlichen Bereichen in die städtischen Ballungsräume gedeckt. Der Prozentsatz der abhängig Beschäftigten unter allen Beschäftigten stieg in der Zeit zwischen der zweiten Hälfte der 50er Jahre bis zur ersten Hälfte der 60er Jahre von 41,3 Prozent auf 61,4 Prozent.

Das bis dahin bestehende Überangebot von Arbeitskräften kehrte sich 1960 um, was einen starken Anstieg der Löhne und Gehälter zur Folge hatte. Auch die Unterschiede der Löhne und Gehälter in Abhängigkeit zur Größe des Unternehmens und zum Alter des Arbeitnehmers verringerten sich. Langfristige

Konsumgüter wie Fernseher, elektrische Kühlschränke und Autos begannen sich rasch auszubreiten, und es kam zu einem Wandel im Konsumleben generell, zur sogenannten „Konsumrevolution“. Der Lebensstandard der Bevölkerung vereinheitlichte sich, die sogenannte Massenkongsumgesellschaft hatte sich gebildet.

Auf der anderen Seite änderte sich – unabhängig von den weiterhin bestehenden Produktivitätsunterschieden aufgrund der Betriebsgröße – die Lohnstruktur, worin die Ursache strukturbedingter Inflation aufgrund unterschiedlicher Produktivitätssteigerungsraten<sup>28</sup> liegt. Trotz stabiler Großhandelspreise stiegen daher die Verbraucherpreise ab den 60er Jahren.

Charakteristisch für die zweite Hälfte der 60er Jahre wurden der materielle Reichtum auf der einen Seite und die Schattenseiten des Wirtschaftswachstums auf der anderen Seite wie Preissteigerungen, unterentwickelter Sozial- und Infrastrukturausbau (besonders die mit dem alltäglichen Leben in Zusammenhang stehende soziale Infrastruktur) und schwerwiegende Umweltprobleme. Die Umweltproblematik wurden 1967 mit dem Grundlagengesetz zum Umweltschutz<sup>29</sup> und im darauffolgenden Jahr mit Schaffung des Umweltamts angegangen.

Auf dem Gebiet der Sozialfürsorge wurde 1961 die Nationale Rentenversicherung und damit eine allgemeine Rentensicherung und Versicherungsdeckung realisiert; das Leistungsniveau dieser Systeme wurde in der zweiten Hälfte der 60er Jahre stark ausgebaut.

<sup>28</sup> Inflation aufgrund unterschiedlicher Produktivitätssteigerungsraten: Während zwischen einigen wirtschaftlichen Bereichen, besonders der verarbeitenden Industrie und den Dienstleistungsunternehmen, Unterschiede in den Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität bestehen, steigen die Löhne gleichmäßig an. Dies wird als ein Hauptgrund dafür gesehen, daß in der Zeit des starken Wirtschaftswachstums trotz stabiler Großhandelspreise (Kompensation steigender Löhne durch steigende Produktivität) die Konsumentenpreise kontinuierlich anstiegen (Einzelhandel, d.h. Dienstleistungssektor, keine Kompensation).

<sup>29</sup> Japanischer Gesetzesname: *Kōgai taisaku kihon hō*.

## 1.4 Exogener Schock und Anpassung an einen mittleren Wachstumspfad

### 1.4.1 Aufwertung des Yen und Wechsel zum flexiblen Wechselkursystem

Im wirtschaftlichen Aufschwung der zweiten Hälfte der 60er Jahre war die internationale Konkurrenzfähigkeit der japanischen Wirtschaft allmählich so erstarkt, daß der sogenannte „obere Plafond der Zahlungsbilanzen“ als Wachstumsbeschränkung überwunden wurde. Im September 1969 wurden bei einer fortgesetzt aktiven Zahlungsbilanz aus Furcht vor einer Inflation Maßnahmen zur Konjunkturdrosselung ergriffen. Das Ergebnis waren steigende Exporte und ein weiterer bemerkenswerter Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses, was zu Forderungen nach einer Aufwertung des japanischen Yen führte. Bereits seit 1968 reduzierte Japan die noch von Importquoten belegten Güter<sup>30</sup> und senkte als Ergebnis der Kennedy-Runde<sup>31</sup> die allgemeinen Zölle. Darüber hinaus wurde die durch die Mitgliedschaft Japans in der OECD zur Pflicht gewordene Kapitalliberalisierung vorangetrieben. Diese Außenwirtschaftspolitik setzte sich in den von 1971 bis 1972 durchgeführten währungspolitischen Maßnahmen<sup>32</sup> zur Reduzierung des Leistungsbilanzüberschusses fort.

Zu dieser Zeit, in der Japan Maßnahmen zum Abbau seines Überschusses verfolgte, kam es durch die amerikanischen Handelsdefizite dazu, daß die seit Ende der 60er Jahre immer wieder auftretenden internationalen Währungsunsicherheiten wieder aufflammten. 1971 vergrößerte die amerikanische Konjunkturpolitik das Zahlungsbilanzdefizit dramatisch. Im Mai des gleichen Jahres kam es in Europa,

<sup>30</sup> Noch mit Importrestriktionen belegte Güter: Bezeichnet die von einigen Ländern, die aufgrund ihrer Außenhandelsbilanzen keinen Grund mehr dazu haben, aufgrund einer Sonderklausel bestehenden Importquoten für einige Güter. In Japan fielen Ende 1993 zwölf Güter unter diese Importbeschränkungen. Durch die Agrarverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde sollen diese Importbeschränkungen bis auf zwei Fischereiprodukte weiter abgebaut werden.

<sup>31</sup> Kennedy-Runde (1964–1967): Zollsenkungsrunde des GATT. Im Mai 1967 einigte man sich auf Zollsenkungen für Industrieprodukte um generell 50 Prozent.

<sup>32</sup> Währungspolitische Maßnahmen: Ein acht Punkte umfassender außenwirtschaftspolitischer Maßnahmenkatalog gegen den sich fortsetzenden Trend der steigenden Außenhandelsüberschüsse. Das erste Maßnahmenpaket wurde im Juni 1971, das zweite und dritte im Mai und Oktober 1972 beschlossen.

mit der Deutschen Mark im Mittelpunkt, zu Währungsspekulationen, die Wellen bis nach Japan schlugen und zu einer Vermehrung der Währungsreserven in Japan führten. Im August 1971 stoppte Amerika den Goldumtausch, erließ einen zehnpromzentigen Zusatzzoll und ergriff Wechselkursmaßnahmen wie Kursanpassungen gegenüber verschiedenen Währungen (Nixon-Schock).

Im Dezember 1971 fand eine Konferenz der zehn Finanzminister der führenden Industriestaaten (G10) statt, auf der multilaterale Wechselkursanpassungen der internationalen Währungen beschlossen wurden. Der Dollar wurde gegen Gold um ca. 8 Prozent ab- und der Yen gegenüber dem Dollar um 16,8 Prozent auf einen Dollar zu 308 Yen aufgewertet.

Jedoch hielt auch dies nicht lange vor. Die amerikanischen Zahlungsbilanzen besserten sich nicht, und von Juni '72 bis Januar des folgenden Jahres gingen das Englische Pfund, die Italienische Lira und der Schweizer Franke zum System der freien Wechselkurse über, wodurch das internationale Währungsgefüge ins Schwanken geriet und schließlich im Februar '73 heftige Währungsspekulationen heraufbeschwört wurden. Amerika führte wiederum eine Abwertung des Dollars gegenüber den Sonderziehungsrechten (SZR)<sup>33</sup> um 10 Prozent durch, und der Yen und die übrigen Währungen vollzogen den Übergang zum System der freien Wechselkurse. Eine wesentliche Voraussetzung für das Vertrauen in die zukünftige Wirtschaftsentwicklung, die festen Wechselkurse, fiel somit weg.

#### 1.4.2 Die Ölkrisen

In der zweiten Hälfte des Jahres 1970 begann die japanische Konjunktur sich abzuwächen. Wie bereits erwähnt, kam es u.a. durch eine Aufwertung des Yen zu einer Rezession, jedoch zeigten die 1972 unternommenen Maßnahmen zur Stimulierung der Binnennachfrage ihre Wirkungen, und die Konjunktur erholte sich wieder. Der Aufschwung ging jedoch mit einer heftigen Inflation einher. Im

<sup>33</sup> SZR (Sonderziehungsrechte): Vom IWF geschaffenes, internationales Buchgeld, von den Mitgliedsländer bei Außenbilanzschwierigkeiten vom IWF abrufbar.

1969 wurden die SZR geschaffen, und ein SZR hatte zu dieser Zeit einen Wert von einem US-Dollar.

Zuge der großen Zahlungsbilanzüberschüsse und einer expansiven Geldpolitik kam es zu einem beträchtlichen Liquiditätsüberschuß. Zudem wurde als Reaktion auf die Aufwertung des Yen ein umfangreicher Haushalt verabschiedet. Auch die Diskussion über den Plan zur Neugestaltung des japanischen Archipels im Zuge des Amtsantrittes des Tanaka-Kabinetts verstärkte das Inflationsklima. Insbesondere die Preise von Vermögenswerten wie Boden und Aktien stiegen – auch spekulationsbedingt – enorm an. Auch international nahm durch den Dollarabfluß die Liquidität zu; der parallele Aufschwung vieler Länder unterstützte die inflationären Tendenzen.

In dieser Situation kam es im Oktober 1973 durch den 4. Nahostkrieg zur ersten Ölkrise<sup>34</sup>, die zu einer Erhöhung der Rohölpreise auf ein Vierfaches und wegen der Angebotsbeschränkung zum Phänomen der „Pánikpreise“ führte. Von Januar bis März 1974 stiegen daraufhin die Großhandelspreise in Japan um 50 Prozent und die Verbraucherpreise um 40 Prozent. Die Lohnsteigerungen im Frühjahr des Jahres 1974 betragen 32,9 Prozent.

Durch die Ölkrise verstärkte sich die Inflation weltweit, es kam zu Zahlungsbilanzkrisen und zur größten Rezession seit dem Kriege: Die Weltwirtschaft befand sich in einem sogenannten Trilemma. Durch die strikten Maßnahmen zur Überwindung der Inflation und durch den Deflationseffekt, der durch die negativen Zahlungsbilanzen der Erdölverbraucherländer entstand, schrumpfte die Weltwirtschaft. Auch die japanische Wirtschaft hatte mit einer Wirtschaftswachstumsrate von minus 0,2 Prozent das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg ein Minuswachstum zu notieren.

<sup>34</sup> Die erste Ölkrise: Die Weltwirtschaft nach dem Krieg hat sich mit einer zunehmenden Abhängigkeit vom Erdöl entwickelt. Der größte Anbieter von Rohöl sind die Staaten des Nahen Ostens, die Erschließung, Gewinnung, Distribution und Verkauf wurden aber durchgehend von *major oil companies* genannten internationalen Ölgesellschaften durchgeführt. 1960 schlossen sich die Ölförderländer zur Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) zusammen und strebten die Rückgewinnung der Verwaltungsrechte (permanentes Recht über die natürlichen Ressourcen) und eine Steigerung der Einnahmen aus Erdölgeschäften an. Im Oktober 1973 nahmen die Ölförderländer den 4. Nahostkrieg zum Anlaß und beschlossen die Senkung der Ölförderung und Exportverbote als strategisches Mittel zur Lösung des Konflikts mit Israel. Zu dieser Zeit bestand aufgrund des weltweiten Wirtschaftswachstums eine Überschußnachfrage. Die OPEC setzte im Oktober '73 eine Preiserhöhung um 21 Prozent durch und verdoppelte schließlich den Rohölpreis im Dezember jenes Jahres.

Um die stark vom Rohöl abhängige japanische Wirtschaft wieder anzukurbeln, mußte als erstes die starke Inflation überwunden werden. Im Gegensatz zu anderen Ländern, die Preissteigerungen im Ausmaß der Erdölpreissteigerungen tolerierten, wurden in Japan drastische Maßnahmen zur Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage eingeleitet. Der Diskontsatz wurde auf 9 Prozent angehoben, und die Ausgaben für öffentliche Vorhaben wurden für das Jahr 1974 eingefroren. Darüber hinaus wurden Notmaßnahmen zur Preisregulierung von Basisgütern und Gütern des täglichen Bedarfs ergriffen. Durch diese Maßnahmen beruhigten sich die Preise wieder, nachdem sie im Frühjahr 1974 ihren Höhepunkt erreicht hatten. Auch die Zahlungsbilanz verbesserte sich.

Auf der Basis dieser Preisberuhigung wendete sich die Wirtschaftspolitik – die Preisstabilität im Auge behaltend – wieder einer aktiven Konjunkturpolitik zu, so daß sich die Konjunktur von ihrem tiefsten Stand im März 1975 wieder erholte. Obwohl es 1977 zu Konjunkturstockungen kam, setzte die japanische Wirtschaft, begleitet von einer expansiven Geld- und Finanzpolitik, ihre Aufschwungsphase fort.

Im Herbst 1978 kam es wegen der unsicheren politischen Lage im Iran weltweit zu einer Zuspitzung auf dem Rohölmarkt und damit zum Ausbruch einer zweiten Ölkrise<sup>35</sup>. Die erdölproduzierenden Länder hoben nach und nach die Rohölpreise an, jedoch blieben die japanischen Verbraucherpreise relativ stabil, und der Einfluß dieser zweiten Ölkrise auf die japanische Wirtschaft war im Vergleich zu der vorangegangenen unbedeutend. Auch international konnte Japan seine relativ gute wirtschaftliche Position halten. Das Defizit in der Leistungsbilanz war zum Höhepunkt der Krise zwar sehr hoch, kehrte jedoch relativ schnell zum Gleichgewicht zurück. Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug trotz leichter Yen-Abwertung nur

<sup>35</sup> Die zweite Ölkrise: Ab Februar 1978 kam es zur Zuspitzung der politischen Lage im Iran, und im Dezember des Jahres beschlossen die OPEC-Staaten eine stufenweise Senkung ihrer Ölförderungen (insgesamt um 14,5 Prozent). Im darauffolgenden Jahr folgte die islamische Revolution im Iran, und 1980 komplizierte sich die Situation durch den Iran-Irak Krieg weiter.

Im Vergleich zur ersten Ölkrise, bei der die Preise um ein Vierfaches gestiegen waren, betrug die Ölpreissteigerung nun das 2,2fache, jedoch war die dadurch erzielte absolute Steigerung der Preise um ein Vielfaches höher, so daß die Bezeichnung Ölpreiskrise gerechtfertigt ist.

8,4 Prozent (Juli-September 1980, im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres), so daß es zu keiner nennenswerten Abschwächung der Konjunktur kam. Indessen hielt die Phase des Konjunkturrückgangs bis Februar 1983 an, und auch der anschließende Aufschwung verlief äußerst zögerlich.

### 1.4.3 Anpassung an einen mittleren Wachstumspfad

Der Prozeß des zweimaligen Überwindens einer Ölkrise hat die japanische Wirtschaft vom Pfad des hohen auf den des mittleren Wachstums gebracht. Die Konkurrenzfähigkeit der das hohe Wachstum stützenden rohstoffverarbeitenden Industrie hatte einen großen Einbruch erlitten.

In der Finanzpolitik waren während der ersten Ölkrise große Haushaltsdefizite entstanden und im großen Stil Staatsanleihen ausgegeben worden, deren umlaufende Menge kontinuierlich weiter zunahm. Die Unternehmen bauten überschüssiges Personal ab, reduzierten die Kreditaufnahme und förderten so ein „schlankes Management“. Die während des hohen Wirtschaftswachstum ständig gesunkene Eigenkapitalquote<sup>36</sup> erreichte 1974 ihren tiefsten Stand und stieg seitdem wieder an. Der Arbeitsmarkt entspannte sich, und auch die Bevölkerungskonzentration in den Städten ließ mit der zweiten Hälfte der 70er Jahre nach.

In diesem Anpassungsprozeß entwickelte die japanische Wirtschaft die ersten Ansätze für ein erneutes Wachstum. An erster Stelle steht die Informatisierung: Der Fortschritt in der Nachrichten- und Kommunikationstechnik steigert nicht nur Effizienz in den Unternehmen und der Industrie, sondern übt in allen gesellschaftlichen Bereichen seinen Einfluß aus. Danach spielte die qualitative Steigerung der Nachfrage eine wichtige Rolle; im Verhalten der Verbraucher erhielten Dienstleistungen und Softonomisierung<sup>37</sup> einen neuen Stellenwert.

<sup>36</sup> Eigenkapitalquote: In der Zeit des hohen Wirtschaftswachstums wurden die meisten Anlageninvestitionen aufgrund der Niedrigzinspolitik mit Bankkrediten finanziert, so daß die Eigenkapitalquote kontinuierlich gefallen ist.

<sup>37</sup> Softonomisierung (s.u.) und Zunahme der Dienstleistungen im Konsumleben: Anstelle der Ausgaben für Produkte nehmen in erster Linie die Ausgaben für Dienstleistungen zu. Auch bei den Produkten selbst spielen Aspekte wie Design eine größere Rolle.

Softonomisierung: Umschreibt allgemein eine Entwicklung, in der die Bedeutung von Wissen und Information in Wirtschaft und Gesellschaft steigt. *A.d.Ü.*

Als dritter Punkt muß die Internationalisierung genannt werden. Nicht nur die Mobilität von Gütern, sondern auch die Mobilität von Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital nahm im globalen Maßstab zu. Das Gesetz zur Devisen-Bewirtschaftung<sup>38</sup> wurde unter der Prämisse der Freigabe vollkommen revidiert. Die Internationalisierung der Finanzen förderte in Verbindung mit dem Entstehen eines Marktes für öffentliche und Industriefinanzen die Liberalisierung des Finanzsektors.

Auf der Ebene der Verwaltung wurde, um den großen öffentlichen Defiziten entgegenzuwirken, 1981 zum Startjahr der „Konsolidierung der Finanzen“ erklärt und durch das *ceiling*-System<sup>39</sup> eine strikte Begrenzung der Ausgaben vorangetrieben. Auf der anderen Seite wurde ein Ausschuß zur Untersuchung der Verwaltung gegründet (März '81), welcher die Verwaltungsinstitutionen und Systeme überprüfen sollte. In einer Kette von Verwaltungsreformen kam es zu Neuregelungen im Sozialsystem und im System öffentlicher Unternehmen. Auch im Bereich des Ausbaus des Sozialkapitals wurden mit der Methode des sog. 3. Sektors<sup>40</sup> verstärkt privates Kapital und Know-how eingebunden.

## 1.5 Wandel zu international harmonischen Wirtschaftsstrukturen

### 1.5.1 Leistungsbilanzüberschüsse und der Maekawa-Report

Mit der Hochwachstumsphase endete eine Zeit, in der die internationale Wirtschaft von der US-Ökonomie dominiert wurde und Japan seine Absatzgebiete ohne Beschränkung in Übersee aufbauen konnte, da die Folgen der japanischen Wirtschaftsaktivitäten für jedes Land noch gering ausfielen.

Gerade in den 70er Jahren verschlechterten sich dann die ökonomischen Daten Amerikas (niedriges Wachstum, Inflation). Deshalb kam es ab Oktober 1979 zum

<sup>38</sup> Japanischer Gesetzesname: *Gaikoku kawase kanri hō*.

<sup>39</sup> *Ceiling*-System: Zur Eindämmung der öffentlichen Ausgaben dürfen die Haushaltsforderungen der jeweiligen Ministerien und Ämter einen festgelegten Rahmen nicht überschreiten.

<sup>40</sup> Prinzip des 3. Sektors: Bei der Regionalentwicklung angewandte Methode einer gemeinsamen Finanzierung von Unternehmen durch öffentliche (1. Sektor) und private Unternehmen (2. Sektor).

Einsatz neuer Instrumente in der Geldpolitik, und im Februar 1981 wurde der Plan zum Wiederaufschwung der Wirtschaft der Öffentlichkeit bekanntgegeben (Reaganomics)<sup>41</sup>.

Ein Jahr später erlebte die amerikanische Wirtschaft eine dauerhafte Konjunkturbelebung, wobei die Inlandsnachfrage im Mittelpunkt stand. Ein Policy-Mix aus restriktiver Geldpolitik und expansiver Finanzpolitik ließ die Zinsen erheblich steigen und führte zu einer Dollar-Hausse. Harter Dollar und hohe Zinsen, vor dem Hintergrund der großen Zwillingdefizite im Außenhandel und im Haushalt, belasteten die internationale Wirtschaft. Die Schuldentrückzahlung der Entwicklungsländer gestaltete sich schwierig; es folgte 1982 eine internationale Finanzkrise. Im Anschluß an den amerikanischen Konjunkturaufschwung erlebte auch die japanische Wirtschaft ab Februar 1983 einen von der Auslandsnachfrage getragenen Konjunkturaufschwung. Die Leistungsbilanzüberschüsse wuchsen Jahr für Jahr, die Konflikte mit dem Ausland wurden heftiger.

Vor dem Hintergrund der steigenden Wirtschaftskraft Japans wurden seit den 70er Jahren die japanischen Exportoffensiven – sobald die Leistungsbilanzüberschüsse stiegen – zu einem Problem. In der ersten Hälfte der 80er Jahre geriet Japan nunmehr auch die Abgeschlossenheit des japanischen Marktes ins Kreuzfeuer der Kritik. Die Regierung plante daher Erleichterungen beim Marktzutritt, indem sie u. a. Marktöffnungsprogramme anordnete bzw. ein OTO (Office of Trade Ombudsman) einrichtete. Nachdrücklich wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, allmählich die japanischen Wirtschaftsstrukturen mit Blick auf die internationale Harmonisierung zu reformieren.

Im September 1985 erzielten die Finanzminister der führenden fünf Industriestaaten (G5) Übereinstimmung hinsichtlich einer Korrektur des starken Dollars (Plaza-Abkommen). So folgte eine Phase der raschen Dollarabwertung. Der Yen-Kurs verzeichnete einen steilen Anstieg von 230 Yen (pro Dollar) im September 1985 und auf 160 Yen ein Jahr später. Allerdings gingen die Leistungsbilanz-

<sup>41</sup> Reaganomics: vgl. Abschnitt 12.1.

überschüsse aufgrund des J-Kurven-Effekts<sup>42</sup> durch den hohen Yen keineswegs automatisch zurück. In Spitzenzeiten (1986) erreichten sie 4,5 Prozent des Bruttosozialprodukts. Unter diesen Umständen bezeichnete die Forschungsgruppe zur „Anpassung der Wirtschaftsstrukturen zwecks internationaler Zusammenarbeit“, ein persönliches Beratungsgremium des Ministerpräsidenten Nakasone, die Berichtigung der Leistungsbilanzüberschüsse als nationale Aufgabe und schlug Strukturveränderungen zur Ausweitung der Inlandsnachfrage vor (April 1986: Maekawa-Report).

Andererseits sorgte die rasante Yen-Aufwertung für eine weitere Verschlechterung der japanischen Konjunktur, die sich seit Juni 1985 in einer Abschwungphase befand.

### 1.5.2 Binnenmarktinduzierter Konjunkturaufschwung und Aktienpreisinflation

Um dem durch den hohen Yen entstandenen Konjunkturtief entgegenzuwirken, wurden der Diskontsatz fünfmal gesenkt und – als finanzpolitische Maßnahme – die öffentlichen Investitionen ausgeweitet. Daraufhin erholte sich die Konjunktur von ihrem Tiefstand im November 1986. Da diese Konjunkturerholung jedoch sehr langsam verlief, wurde der Diskontsatz im Februar 1987 auf den historischen Tiefstand von 2,5 Prozent gesenkt, und im Mai wurden weitere umfangreiche Maßnahmen zur Ausweitung der Binnennachfrage beschlossen.

Die Konjunkturerholung wurde diesmal durch die Inlandsnachfrage getragen. Der Konsum der privaten Haushalte wurde durch den hohen Yen und den durch den Fall der Rohölpreise erzielten Effekt der Verbesserung der *terms of trade* gestützt. Auslandsreisen nahmen zu, eine verstärkte Nachfrage nach hochwertigen

<sup>42</sup> J-Kurven-Effekt: Ein schwacher Yen läßt das Exportvolumen zu- und das Importvolumen abnehmen. Der Effekt sind steigende Leistungsbilanzüberschüsse. Allerdings treten diese Mengeneffekte zeitlich verzögert auf. Aus diesem Grunde überwiegen in der Anfangsphase eines schwachen Yen Preiseffekte (Preise für Exportgüter sinken, Preise für Importgüter steigen), und es kommt zu einer vorübergehenden Senkung des Leistungsbilanzüberschusses. Diesen Effekt nennt man aufgrund des Kurvenverlaufs des Leistungsbilanzüberschusses (in Relation zur Zeit) J-Kurven-Effekt. Im Falle einer Yen-Aufwertung läßt sich ein entsprechend umgekehrter Kurvenverlauf beobachten.

Luxusgütern wie Großformat-Farbfernsehern, Luxusautos und anderen langlebigen Konsumgütern entstand. Bei den Bauinvestitionen wurde 1987 mit 1,73 Millionen Neubauten das historisch dritthöchste Niveau erreicht.

Die Unternehmen steigerten ihre Auslandsdirektinvestitionen und stellten gleichzeitig die Produktion auf die Inlandsnachfrage ein; sie förderten die Entwicklung neuer Produkte, diversifizierten und erschlossen neue Geschäftsbereiche. Auch die nach 1985 in eine Phase der Kapitalstockanpassung geratenen Anlageninvestitionen in den verarbeitenden Industrien nahmen ab Anfang Herbst 1987 wieder zu. Auf dem Arbeitsmarkt verstärkte sich die Übernachfrage, und die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte wurde zu einem Problem<sup>43</sup>. Das Ausmaß dieser Konjunktur wurde mit der Izanagi-Konjunktur, der längsten Konjunktur nach dem Krieg, verglichen.

Aufgrund der lockeren Geldpolitik stiegen die Aktienpreise stark, und Tokyo konnte seinen Rang als Finanzzentrum der Welt ausbauen; jedoch kam es wegen der Hyperkonzentration im Großraum Tokyo<sup>44</sup> zu einem drastischen Anstieg der Bodenpreise, der sich schließlich auf ganz Japan ausdehnte.

Dieses Ansteigen der Preise für Vermögenswerte trug durch den Vermögenseffekt zur Ausdehnung der Inlandsnachfrage bei und forcierte gleichzeitig die Bildung des Kapitalstocks in der japanischen Wirtschaft.

Durch diese einseitige Konzentration auf Boden- und Finanzwerte wurde jedoch die Differenz zwischen „Besitzenden“ und „Nicht-Besitzenden“ vergrößert. Darüber hinaus wurde durch die Defizite im Wohnungsbau und im Sozialkapital die Bodenproblematik immer dringender. Die steigenden Aktien- und Bodenpreise schufen eine sich selbst verstärkende Spirale neuer Preissteigerungserwartungen (*bubble*)<sup>45</sup>, die nicht mehr von den finanziellen und geschäftlichen Rahmendaten (*fundamentals*) getragen wurde.

Der starke Yen und eine vermehrte Inlandsnachfrage sorgten für eine Ausweitung der Importe. Diese wurde durch die Marktöffnung und weitere Maßnahmen

<sup>43</sup> Probleme der Migration ausländischer Arbeitnehmer: vgl. Abschnitt 8.5.

<sup>44</sup> Hyperkonzentration im Großraum Tokyo: vgl. Abschnitt 10.3.

<sup>45</sup> *Bubble economy*: vgl. Abschnitt 2.2.

zur Förderung der Importe unterstützt. Auf der anderen Seite fielen die Exporte, u.a. im Bereich der Kraftfahrzeugproduktion, aufgrund der Verlagerung der Produktion ins Ausland. Das Resultat waren verringerte Außenhandelsüberschüsse. Darüber hinaus kam es durch die vielen Auslandsreisen der Japaner zu einer Zunahme des Defizits in der Reisebilanz. Der Leistungsbilanzüberschuß sank zeitweilig bis auf ein Niveau von einem Prozent des BSPs.

### 1.5.3 Abflauende Konjunktur und Wiederzunahme der Zahlungsbilanzüberschüsse

Als Folge steigender Preise für Vermögenswerte, besonders der Bodenpreise, und eines über einen längeren Zeitraum anhaltenden Wachstums über der potentiellen Wachstumsrate kam es zu einem verstärkten Inflationsdruck, der in der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt (Übernachfrage) seinen Ausdruck fand. Deshalb wurde im Mai 1989 ein geldpolitischer Kurswechsel vollzogen.

Die Aktienpreise begannen von ihrem höchsten Wert Ende 1989 zu fallen, und die Bodenpreise sanken ab 1990 ebenfalls. Gleichzeitig begann sich das Tempo der Konjunktur abzuschwächen, und ab April 1991 befand sich die Konjunktur in einem Abschwung. Die restriktive Geldpolitik wurde, nachdem sich die Vermögenspreise beruhigt hatten, im Juli 1991 wieder gelockert. Dennoch fielen die Bodenpreise aufgrund der ausgetrockneten Spekulationen weiter, und auch die Aktienpreise setzten ihre Abwärtsbewegung fort, da sich die Unternehmensergebnisse aufgrund steigender Fixkosten – eine Hypothek der Boomjahre – und sinkender Wachstumsraten verschlechterten.

Die Inlandsnachfrage ließ stark nach, da die in der Zeit des Konjunkturwachstums angehäuften langlebigen Konsumgüter und Industrieanlagen einer Kapitalstockanpassung unterworfen wurden (Einschränkung des Konsums und der Investitionen) und durch den Vermögenspreisverfall sowohl Haushalte als auch Unternehmen gezwungen waren, ihre Bilanzen anzupassen (Einschränkung der Kredite). Gleichzeitig mit dem Nachlassen der Inlandsnachfrage begannen mit dem Fallen der Rohölpreise die Leistungsbilanzüberschüsse 1991 wieder anzusteigen.